Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 911

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
11 — 65100 — 2168/59

Bonn, den 4. März 1959

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 21. November 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages in deutscher und italienischer Sprache sowie das zugehörige Protokoll und der Notenwechsel sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 202. Sitzung am 27. Februar 1959 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Justiz

Schäffer

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Telefon 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 21. November 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Rom am 21. November 1957 unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik nebst Protokoll und Notenwechsel vom gleichen Tage über bestimmte Vergünstigungen für Staatsangehörige und Gesellschaften anderer Länder im Rahmen der Soforthilfe und des Lastenausgleichs wird zugestimmt. Der Vertrag sowie das Protokoll und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt im Saarland vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Vertrages vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage (Bundesgesetzbl. II S. 1587) an. § 16 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1011) bleibt unberührt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 40 nebst Protokoll und der Notenwechsel in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik

Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione fra la Repubblica Italiana e la Repubblica Federale di Germania

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK,

BEIDE VON DEM WUNSCHE GELEITET, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Staaten weiter zu festigen und den Wirtschaftsverkehr durch möglichst freizügige Gestaltung zu fördern, haben beschlossen, einen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag abzuschließen, der im allgemeinen auf den Grundsätzen der gegenseitig gewährten Inländerbehandlung und der unbedingten Meistbegünstigung beruht.

Zu diesem Zwecke haben sie bevollmächtigt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:
den Bundesminister des Auswärtigen,
Herrn Dr. Heinrich von Brentano,

Der Präsident der Italienischen Republik:
den Vizepräsidenten des Ministerrats
und Minister des Auswärtigen,
Herrn Prof. Giuseppe Pella,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die nachstehenden Artikel vereinbart haben:

Artikel 1

1. Jeder Vertragsstaat gewährt den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates, ihrem Vermögen, ihren Unternehmen und allen ihren sonstigen Belangen jederzeit gerechte und billige Behandlung.

2. Zwischen den Gebieten der beiden Vertragsstaaten wird im Rahmen der Bestimmungen dieses Vertrages Freiheit des Handels und der Schiffahrt gewährt.

Artikel 2

1. Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates können unter Beachtung der einschlägigen Gesetzesvorschriften in das Gebiet des anderen Vertragsstaates einreisen, sich darin aufhalten, sich niederlassen, darin reisen und durch das Gebiet durchreisen, es sei denn, daß im Einzelfall Gründe der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, der Volksgesundheit oder der Sittlichkeit dem entgegenstehen. Sie können das Gebiet des anderen Vertragsstaates jederzeit verlassen, sofern keine strafrechtlichen Hinderungsgründe vorliegen.

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ITALIANA

ed

IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA,

ANIMATI DAL COMUNE DESIDERIO di rendere sempre più operante l'amicizia fra i loro Stati e di promuovere gli scambi economici dando loro la forma più libera, hanno deciso di concludere un Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione basato, in generale, sul principio del trattamento nazionale accordato reciprocamente e su quello del trattamento della nazione più favorita applicato in modo incondizionato.

A tale scopo hanno designato come loro Plenipotenziari:

il Presidente della Repubblica Italiana:
l'On. Prof. Giuseppe Pella,
Vice Presidente del Consiglio dei Ministri,
Ministro per gli Affari Esteri,

il Presidente della Repubblica Federale di Germania:
il Dr. Heinrich von Brentano,
Ministro Federale per gli Affari Esteri,

i quali, dopo avere scambiati i loro pieni poteri, trovati in buona e debita forma, hanno concordato i seguenti articoli:

Articolo 1

1. Ciascuna Parte contraente accorda ai cittadini ed alle società dell'altra Parte, al loro patrimonio, alle loro imprese e a tutti gli altri loro interessi un trattamento giusto ed equo in qualsiasi momento.

2. Nei limiti delle disposizioni del presente Trattato è accordata libertà di commercio e di navigazione fra il territorio delle due Parti contraenti.

Articolo 2

1. I cittadini di ciascuna Parte contraente possono entrare, soggionare, stabilirsi, viaggiare e transitare nel territorio dell'altra Parte, con l'osservanza delle norme di legge in materia, salvo nel caso in cui motivi di ordine pubblico, di sicurezza pubblica, di sanità pubblica o di moralità vi si oppongano. I cittadini medesimi possono altresì lasciare in ogni momento il territorio dell'altra Parte, ove non ostino motivi di carattere penale.

2. Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates ihren ordnungsmäßigen Aufenthalt haben, dürfen nur ausgewiesen werden, wenn Gründe der Sicherheit des Staates, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der Sittlichkeit es erforderlich machen. Nach einem ordnungsmäßigen Aufenthalt von mehr als fünf Jahren ist eine Ausweisung nur noch aus Gründen der Sicherheit des Staates oder dann zulässig, wenn die übrigen obengenannten Gründe besonders schwerwiegend sind.

3. Verfügungen, durch welche die Einreise in das Gebiet eines Vertragsstaates oder der Aufenthalt in ihm verweigert werden, unterliegen den von den Gesetzen dieses Vertragsstaates vorgesehenen Rechtsmitteln. Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, die ihren ordnungsmäßigen Aufenthalt im Gebiet des anderen Vertragsstaates haben, dürfen nur ausgewiesen werden, wenn ihnen Gelegenheit gegeben worden ist, Gegenvorstellungen gegen ihre Ausweisung geltend zu machen, Rechtsmittel einzulegen und sich zu diesem Zweck vor einer zuständigen Behörde vertreten zu lassen.

4. Beide Vertragsstaaten gewähren jede nur mögliche Erleichterung für den Reiseverkehr von Touristen und anderen Besuchern hinsichtlich der Einreise, des Aufenthalts und der Ausreise sowie für die Verteilung von Auskunftsmaterial für den Fremdenverkehr.

2. I cittadini di ciascuna Parte contraente, che soggiornino legittimamente nel territorio dell'altra Parte, possono essere espulsi soltanto qualora ciò sia necessario per motivi di sicurezza dello Stato, sicurezza pubblica, ordine pubblico o moralità. Dopo un soggiorno legittimo di almeno cinque anni l'espulsione è lecita soltanto per motivi di sicurezza dello Stato o se gli altri motivi di cui sopra sono particolarmente gravi.

3. Il provvedimento di denegato ingresso o soggiorno nel territorio di una delle Parti contraenti è soggetto ai ricorsi previsti dalle leggi di tale Parte. I cittadini di ciascuna Parte contraente, che soggiornino legittimamente nel territorio dell'altra Parte, possono essere espulsi soltanto dopo essere stati ammessi a far valere le ragioni che possono invocare contro la loro espulsione, a presentare ricorso e a farsi rappresentare a questo effetto davanti un'Autorità competente.

4. Le due Parti contraenti accordano ogni possibile agevolazione per i viaggi dei turisti e di altri visitatori per quanto si riferisce al loro ingresso, soggiorno e uscita, nonchè per la distribuzione del materiale di informazione turistica.

Artikel 3

1. Den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates volle Freiheit der Gedanken, des Gewissens, der Religionsausübung, der Versammlung und Vereinigung sowie der — auch öffentlichen — Ausübung des Gottesdienstes gewährleistet in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Verfassung dieses Vertragsstaates.

Die Staatsangehörigen jedes Vertragsstaates dürfen sich ohne Behinderung — auch in Form von Gesellschaften — unter Beachtung der allgemeinen Gesetze jeder Art von Tätigkeit auf dem Gebiet der Religion, Wissenschaft, Wohlfahrt, des Erziehungswesens, der Kultur, der Erholung, des Sports oder der Geselligkeit widmen und sind ebenso wie diese Gesellschaften befugt, für die genannten Betätigungen sowie für Zwecke der Bestattung Rechtsgeschäfte mit allen natürlichen Personen und Gesellschaften, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates ihren Wohnsitz, Sitz oder Aufenthalt haben, abzuschließen. Dies gilt insbesondere für das Recht, Verträge zu schließen, Verbindlichkeiten einzugehen, bewegliches und unbewegliches Vermögen sowie Rechte und Interessen aller Art innezuhaben, unter Lebenden oder von Todes wegen zu erwerben, zu veräußern oder sonstwie darüber zu verfügen.

Keine Bestimmung dieses Absatzes darf dahin ausgelegt werden, daß sie ein Recht zur politischen Betätigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates gewährt oder stillschweigend zugesteht.

2. Beide Vertragsstaaten erkennen die Grundsätze der Pressefreiheit und des freien Nachrichtenaustausches an.

Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates dürfen unter Beachtung der allgemeinen Gesetze im Gebiet des anderen Vertragsstaates Informationen zur öffentlichen Verbreitung sammeln; es steht ihnen frei, solches Material, das zur Veröffentlichung im Ausland durch Presse, Rundfunk, einschließlich Fernsehen, Film und andere Mittel der Verbreitung bestimmt ist, unbehindert zu übermitteln; sie dürfen für den Nachrichtenverkehr mit anderen Personen innerhalb und außerhalb dieses Gebietes die öffentlichen Einrichtungen der Nachrichtenübermittlung unbehindert benutzen.

Articolo 3

1. È garantita ai cittadini di ciascuna Parte contraente, nel territorio dell'altra Parte, piena libertà di pensiero, di coscienza, di culto, di riunione e di associazione, nonchè di esercizio anche pubblico del culto, in conformità alle norme della Costituzione di tale Parte.

Con l'osservanza delle leggi generali, i cittadini di ciascuna Parte contraente possono dedicarsi liberamente — anche in forma di società — a qualsiasi attività religiosa, scientifica, assistenziale, educativa, culturale, ricreativa, sportiva o sociale, e sono autorizzati, come anche dette società, a concludere, ai fini delle attività di cui sopra nonchè in materia funeraria, negozi giuridici con ogni persona fisica e società che abbia residenza, sede o dimora nel territorio dell'altra Parte contraente. Questo vale, in particolare, per il diritto di stipulare contratti, di assumere obbligazioni, di essere titolari di beni mobili ed immobili, di diritti ed interessi di ogni specie, di acquistarli tra vivi o per causa di morte e di alienarli o comunque disporne.

Nessuna disposizione del presente paragrafo può esser interpretata nel senso che essa accordi o conceda tacitamente un diritto a svolgere attività politica nel territorio dell'altra Parte contraente.

2. Le due Parti contraenti riconoscono i principi della libertà di stampa e del libero scambio di informazioni.

Con l'osservanza delle leggi generali, i cittadini di ciascuna Parte contraente possono raccogliere informazioni nel territorio dell'altra Parte per la pubblica diffusione; possono trasmettere liberamente tale materiale, destinato ad essere pubblicato all'estero mediante la stampa, la radio, la televisione, il film ed altri mezzi di diffusione; possono utilizzare liberamente i pubblici servizi di trasmissione delle informazioni per lo scambio di informazioni con altre persone, all'interno e fuori di tale territorio.

3. Die Bestimmungen dieses Artikels berühren nicht die Gesetzesvorschriften der beiden Vertragsstaaten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutze der Sittlichkeit und der Volksgesundheit.

Artikel 4

1. Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates genießen im Gebiet des anderen Vertragsstaates Schutz und Sicherheit. Die Rechtsordnung des anderen Vertragsstaates darf sie nicht in eine Lage versetzen, die hinsichtlich des Schutzes ihrer Person weniger günstig ist als diejenige, die für die Inländer des anderen Vertragsstaates besteht. In Anwendung dieses Grundsatzes verpflichten sich die beiden Vertragsstaaten, keine Bestimmungen zu erlassen, die besondere Beschränkungen, Auflagen oder Belastungen für die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates enthalten. Keinesfalls darf ihre Behandlung weniger günstig sein als diejenige, die den auf diesem Gebiet geltenden Grundsätzen des Völkerrechts entspricht.

2. Im Falle von Maßnahmen der Behörden eines der beiden Vertragsstaaten, welche die persönliche Freiheit eines Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates beschränken, muß der betreffende Staatsangehörige innerhalb von 48 Stunden dem Richter überstellt werden, der ihn unter Erörterung der ihm zur Last gelegten Taten sogleich verhören muß. Der verhaftete Staatsangehörige hat das Recht, zu verlangen, daß der zuständige Richter unverzüglich eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit und weitere Dauer der Haft trifft. Ferner hat er das Recht, zu verlangen, daß über seinen Fall innerhalb einer angemessenen Frist entschieden wird, während deren ihm genügend Zeit zu gewähren ist, um seine Verteidigung in gebührender Weise vorzubereiten. Auch hat er das Recht, zu verlangen, daß ihm ein Verteidiger seines Vertrauens zur Seite steht und, wenn er keinen bestellt, das Gesetz aber die Anwesenheit eines Verteidigers vorschreibt, ihm ein Pflichtverteidiger beigeordnet wird. Jede Verfahrenshandlung hat unter Beteiligung eines Dolmetschers stattzufinden, wenn dies erforderlich erscheint. Ein Dolmetscher ist immer hinzuzuziehen, wenn der Beschuldigte es beantragt, und zwar auch bei der Vernehmung durch die Polizeibehörden.

3. Sobald ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates von Behörden des anderen Vertragsstaates festgenommen worden ist, ist der nächste konsularische Vertreter des Landes, dessen Staatangehöriger der Verhaftete ist, unverzüglich von der Festnahme zu unterrichten. Der konsularische Vertreter hat das Recht, so oft es ihm erforderlich erscheint, den Verhafteten zu besuchen und in brieflicher Verbindung mit ihm zu bleiben. Die Besuche und der Briefverkehr müssen im Rahmen der für die Haftanstalt geltenden Vorschriften erfolgen, in der der Staatsangehörige in Gewahrsam gehalten wird. Die beiden Vertragsstaaten sind sich jedoch darin einig, daß derartige Vorschriften dem konsularischen Vertreter angemessene Möglichkeiten des Zuganges zu dem Verhafteten und der Rücksprache mit ihm gewähren müssen.

Artikel 5

1. Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates unterliegen gegenüber dem anderen Vertragsstaat keiner Wehrdienstpflicht; auch dürfen sie nicht zum Eintritt in bewaffnete oder militarisierte Verbände gezwungen werden, die der andere Vertragsstaat innerhalb oder außerhalb seines Gebietes aufstellt.

2. Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates sind im Gebiet des anderen Vertragsstaates von allen öffentlichen Dienstleistungspflichten befreit, sofern es sich nicht um allgemeine zivile Dienstleistungen handelt, die

3. Le disposizioni del presente articolo non pregiudicano le norme di legge delle due Parti contraenti sul mantenimento della sicurezza pubblica, dell'ordine pubblico nè quelle concernenti la protezione della moralità e della sanità pubblica.

Articolo 4

1. I cittadini di ciascuna Parte contraente godono protezione e sicurezza nel territorio dell'altra Parte. L'ordinamento giuridico dell'altra Parte contraente non deve metterli in una situazione meno favorevole riguardo alla tutela della loro persona di quella esistente in casi simili per i nazionali dell'altra Parte contraente. In applicazione di questo principio le due Parti contraenti si impegnano a non emanare norme che contengano limitazioni, gravami o oneri particolari per i cittadini dell'altra Parte. In nessun caso il loro trattamento può essere meno favorevole di quello corrispondente ai principi del diritto internazionale vigenti in materia.

2. In caso di provvedimenti delle Autorità di una delle Parti contraenti che limitino la libertà personale di un cittadino dell'altra Parte, il cittadino in questione deve entro 48 ore essere posto a disposizione del giudice, il quale deve interrogarlo prontamente contestandogli i fatti che gli sono addebitati. Il cittadino arrestato ha il diritto di chiedere che il giudice competente prenda senza indugio una decisione relativa alla legittimità ed alla continuazione dell arresto. Inoltre ha il diritto di richiedere che il suo caso sia deciso entro un termine adeguato in cui gli deve essere concesso tempo sufficiente per preparare debitamente la sua difesa, e di avere l'assistenza di un difensore di fiducia, o di ufficio qualora egli non provveda a detta nomina, ma la legge richieda ugualmente la presenza di un difensore. Ogni attività processuale deve svolgersi con l'intervento di un interprete, qualora ciò risulti necessario. Comunque un interprete dovrà sempre intervenire se l'imputato lo richieda, e ciò anche per gli interrogatori davanti l'Autorità di polizia.

3. Appena un cittadino di una delle Parti contraenti è stato arrestato da Autorità dell'altra Parte contraente, il prossimo Rappresentante consolare del Paese di cui l'arrestato è cittadino deve essere informato senza indugio dell'arresto. Il Rappresentante consolare ha il diritto di visitare l'arrestato ogni qualvolta lo ritenga necessario, e di mantenersi in contatto con lui per via epistolare. Tali visite e tali rapporti epistolari debbono aver luogo nel quadro dei regolamenti in vigore per lo stabilimento in cui il suddetto cittadino è detenuto. Le due Parti contraenti sono però d'accordo che tali regolamenti debbono accordare al Rappresentante consolare possibilità adeguate di accesso e di consultazione con l'arrestato.

Articolo 5

1. I cittadini di ciascuna Parte contraente non hanno obblighi di servizio militare nei confronti dell'altra Parte, nè possono venire costretti ad entrare a far parte di formazioni armate o militarizzate organizzate dalla Parte stessa entro o fuori del suo territorio.

2. I cittadini di ciascuna Parte contraente sono esenti, nel territorio dell'altra Parte, da qualsiasi obbligo relativo a prestazioni personali pubbliche, semprechè non si tratti di prestazioni civili generali previste per la prote-

zum Schutze der Zivilbevölkerung einschließlich der Abwehr von Naturkatastrophen vorgesehen sind. Die Befreiung erstreckt sich auch auf Zwangsbeiträge, die als Ablösung für persönliche Dienstleistungen auferlegt werden.

3. Den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates Inländerbehandlung in bezug auf öffentliche Sachleistungspflichten, wie Requisitionen, zeitweilige Inbesitznahmen und ähnliche Auflagen gewährt. Sie haben alle Garantien und Rechtsmittel, die den Inländern zustehen, sowie den Anspruch auf die gesetzlich vorgesehene Entschädigung.

4. Den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates stehen im Gebiet des anderen Vertragsstaates alle Hilfszuwendungen zu, die bei Naturkatastrophen oder ähnlichen Katastrophen den eigenen Staatsangehörigen aus hierfür bereitgestellten öffentlichen Mitteln gewährt werden.

5. Die Bestimmungen der Absätze 2, 3 und 4 finden auf Gesellschaften entsprechende Anwendung.

zione della popolazione civile, ivi compresa la protezione dalle catastrofi naturali. La esenzione si estende anche ai contributi obbligatori che sono richiesti in luogo di prestazioni personali di servizio.

3. Ai cittadini di ciascuna Parte contraente si applica, nel territorio dell'altra Parte, lo stesso trattamento fatto ai nazionali per quanto riguarda i doveri di prestazioni pubbliche di cose, come requisizioni, occupazioni temporanee e vincoli simili. Ad essi spettano tutte le garanzie e facoltà di ricorso che spettano ai nazionali, nonchè i diritti alle indennità previste dalla legge.

4. Ai cittadini di ciascuna Parte contraente spettano, nel territorio dell'altra Parte, tutte le provvidenze provenienti da fondi pubblici messi a tal fine a disposizione, che in occasione di catastrofi naturali e simili vengano concesse ai nazionali.

5. Le disposizioni dei paragrafi 2, 3 e 4 trovano corrispondente applicazione alle società.

Artikel 6

1. Das Eigentum der Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates genießt im Gebiet des anderen Vertragsstaates Schutz und Sicherheit.

2. Dieses Eigentum genießt einen nicht geringeren Schutz, als durch die Gesetze des anderen Vertragsstaates dem Eigentum der Inländer gewährt wird. Dies gilt auch für behördliche Maßnahmen, Durchsuchungen, Überprüfungen und alle anderen Eingriffe; diese sind im übrigen so durchzuführen, daß sie die Beteiligten möglichst wenig beschweren.

3. Die beiden Vertragsstaaten verpflichten sich, für die Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates keine besonderen Vorschriften zu erlassen oder Maßnahmen zu ergreifen, die deren Behandlung hinsichtlich ihrer Beteiligung an anderen wirtschaftlichen Unternehmen in Form von Geldeinlagen oder in Form von jeder anderen vom Gesetz zugelassenen Einlage verschlechtern.

4. Das Eigentum von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates darf im Gebiet des anderen Vertragsstaates nur zum allgemeinen Wohl gegen gerechte Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert des entzogenen Eigentums entsprechen, tatsächlich verwertbar sein und ohne unnötige Verzögerung geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können. Dieselben Rechte können Staatsangehörige und Gesellschaften des einen Vertragsstaates bei der Enteignung von im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindlichen Vermögensgegenständen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, in Anspruch nehmen.

5. Hinsichtlich der in den Absätzen 2 und 4 geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates Meistbegünstigung.

Articolo 6

1. I beni dei cittadini e delle società di ciascuna Parte contraente godono protezione e sicurezza nel territorio dell'altra Parte.

2. Detti beni godono di una tutela non inferiore a quella che le leggi dell'altra Parte contraente concedono ai beni dei nazionali. Ciò vale anche per quanto riguarda atti della pubblica Autorità, perquisizioni, controlli e qualsiasi altro intervento; tali atti, inoltre, dovranno venire eseguiti nel modo meno gravoso per gli interessati.

3. Le due Parti contraenti si impegnano a non emanare norme nè a prendere provvedimenti particolari ai cittadini ed alle società dell'altra Parte, che ne rendano peggiore il trattamento in ordine alla loro partecipazione ad altre imprese economiche sia mediante conferimento in danaro, sia mediante ogni altro conferimento consentito dalla legge.

4. I beni dei cittadini e delle società di ciascuna Parte contraente possono essere espropriati nel territorio dell'altra Parte solo per pubblica utilità e contro un indennizzo adeguato. L'indennizzo deve corrispondere al valore del bene espropriato, essere effettivamente realizzabile ed essere versato senza non necessari ritardi. Al più tardi al momento dell'esproprio, si deve prevedere in modo idoneo la fissazione e il versamento dell'indennizzo. La legalità dell'esproprio e l'ammontare dell'indennizzo devono poter essere esaminati in un normale processo legale. Possono pretendere gli stessi diritti i cittadini e le società di ciascuna Parte contraente in occasione dell'esproprio di beni che si trovino nel territorio dell'altra Parte contraente, cui partecipino direttamente o indirettamente.

5. Per quanto riguarda le questioni disciplinate ai paragrafi 2 e 4, i cittadini di ciascuna Parte contraente godono nel territorio dell'altra Parte contraente del trattamento della nazione più favorita.

Artikel 7

Den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates hinsichtlich des Zutritts zu allen Gerichten und Verwaltungsgerichten sowie zu allen Amtsstellen zum Schutze ihrer Rechte und Interessen Inländerbehandlung gewährt.

Articolo 7

I cittadini e le società di ciascuna Parte contraente godono, nel territorio dell'altra Parte, dello stesso trattamento riservato ai nazionali per quanto riguarda l'accesso a tutti gli organi giurisdizionali, ordinari e amministrativi, ed a tutti i pubblici uffici per la tutela dei loro diritti e interessi.

Artikel 8

1. Den Staatsangehörigen jedes Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates Inländerbehandlung hinsichtlich der Zulassung zu wirtschaftlichen oder beruflichen Tätigkeiten jeder Art und der Ausübung solcher Tätigkeiten gewährt. Entsprechendes gilt für Gesellschaften.

2. Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates sind berechtigt, nach dem für die Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates geltenden Recht in dessen Gebiet Gesellschaften zu errichten, sich an ihrer Errichtung zu beteiligen oder Beteiligungen an Gesellschaften des anderen Vertragsstaates zu erwerben. Die Staatsangehörigen sind berechtigt, in der Leitung und Verwaltung solcher Gesellschaften, insbesondere als Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder, tätig zu werden.

3. Unternehmen dürfen im Gebiet des einen Vertragsstaates nicht deshalb ungünstiger als andere Unternehmen behandelt werden, weil sie im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates stehen.

4. Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 gelten nicht für Berufe oder Tätigkeiten, deren Ausübung ausländischen Staatsangehörigen oder ausländischen Gesellschaften nicht oder nur unter Beschränkungen zugänglich ist. Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates werden jedoch im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu den in Protokollziffer 8 genannten Berufen oder Tätigkeiten nach den für Inländer geltenden Bestimmungen zugelassen.

5. Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 schließen nicht aus,

a) Gesellschaften, deren Rechtsform von den in den innerstaatlichen Gesetzen zugelassenen Gesellschaftsformen abweicht, der von diesen Gesetzen vorgesehenen Behandlung zu unterwerfen hinsichtlich der Verpflichtung, die Gesellschaftssatzung und sonstige eintragungsbedürftige Tatbestände in das Gesellschaftsregister eintragen zu lassen, sowie hinsichtlich der Haftung der Verwalter und der Veröffentlichung der Bilanzen,

b) an Gesellschaften hinsichtlich des Gesellschaftskapitals und des Rechnungswesens entsprechende Anforderungen zu stellen, wie sie an inländische Gesellschaften der gleichen Rechtsform gestellt werden; erfüllen die Gesellschaften diese Voraussetzungen, so ist eine für ausländische Gesellschaften etwa erforderliche Genehmigung für die Ausübung des Gewerbebetriebes zu erteilen.

6. Zukünftige gesetzliche Beschränkungen für ausländische Staatsangehörige oder ausländische Gesellschaften gelten nicht für eine Tätigkeit, die beim Inkrafttreten dieser Beschränkungen schon befugt ausgeübt wird.

7. Den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates sowie den Unternehmen, die in ihrem Eigentum oder unter ihrem Einfluß stehen, wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates in allen in diesem Artikel behandelten Angelegenheiten Meistbegünstigung gewährt.

Artikel 9

1. Abweichend von den Bestimmungen des Artikels 8 Absatz 1 und Absatz 4 Satz 2 regelt sich die Aufnahme und Ausübung einer Tätigkeit als Arbeitnehmer durch Staatsangehörige des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates, vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen, nach den Gesetzen und Verwaltungsvorschriften eines jeden Vertragsstaates über ausländische Arbeitnehmer.

Articolo 8

1. I cittadini di ciascuna Parte contraente godono, nel territorio dell'altra Parte contraente, del trattamento nazionale per quanto concerne l'ammissione ad attività economiche o professionali di qualsiasi genere e l'esercizio di tali attività. Ciò vale analogamente per le società.

2. I cittadini e le società di ciascuna Parte contraente hanno il diritto di fondare società nel territorio dell'altra Parte contraente, di partecipare alla loro fondazione o di acquistare partecipazioni a società dell'altra Parte contraente, in conformità delle leggi vigenti per i cittadini e le società dell'altra Parte. I cittadini stessi hanno il diritto di esercitare attività nella direzione e nell'amministrazione di tali società, in particolare come membri del Consiglio direttivo o del Consiglio di amministrazione.

3. Nel territorio di una Parte contraente le imprese non possono essere trattate in modo meno favorevole di altre imprese perchè sono di proprietà o sotto il controllo di cittadini o società dell'altra Parte contraente.

4. Le disposizioni dei paragrafi da 1 a 3 non si applicano alle professioni od attività al cui esercizio i cittadini stranieri o le società straniere non sono ammessi o ammessi solo con limitazioni. Tuttavia i cittadini di una delle due Parti contraenti sono ammessi nel territorio dell'altra Parte contraente all'esercizio delle professioni o attività di cui al punto 8 del Protocollo secondo le disposizioni vigenti per i nazionali.

5. Le disposizioni dei paragrafi da 1 a 3 non escludono:

a) di sottoporre le società, la cui forma giuridica differisce dalle forme di società ammesse dalle leggi nazionali, al trattamento previsto da queste ultime per quanto riguarda gli obblighi relativi alla iscrizione degli atti sociali nel registro delle imprese, la responsabilità degli amministratori e la pubblicità dei bilanci;

b) di chiedere che in materia di capitale sociale e di contabilità le società adempiano alle esigenze corrispondenti a quelle richieste per le società nazionali della stessa forma giuridica; se le società rispondono a queste condizioni, l'autorizzazione per l'esercizio dell'attività sociale, eventualmente necessaria per le società estere, deve essere rilasciata.

6. Le restrizioni legali che potranno essere introdotte in futuro per i cittadini stranieri e le società straniere non si applicheranno ad una attività già legittimamente esercitata al momento dell'entrata in vigore di queste restrizioni.

7. I cittadini e le società di ciascuna Parte contraente nonchè le imprese di loro proprietà o controllate da essi godono nel territorio dell'altra Parte contraente il trattamento della nazione più favorita per tutte le materie trattate nel presente articolo.

Articolo 9

1. In deroga a quanto stabilito al paragrafo 1 ed al paragrafo 4, secondo periodo, dell'articolo 8, l'ammissione di cittadini di ciascuna Parte contraente ad esercitare una attività come prestatori d'opera nel territorio dell'altra Parte è regolata, fatte salve le disposizioni seguenti, dalle norme legislative e regolamentari di ciascuna Parte contraente in materia di prestatori d'opera stranieri.

2. Den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates ordnungsmäßig aufhalten und dort mindestens fünf Jahre ununterbrochen oder in mehreren, jeweils längstens neun Monate auseinanderliegenden Zeitabschnitten ordnungsmäßig als Arbeitnehmer beschäftigt sind oder einen ununterbrochenen ordnungsmäßigen Aufenthalt von mindestens zehn Jahren nachweisen können, wird auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, nach der sie auf unbefristete Dauer keiner gebietlichen und — vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 8 Absatz 4 — keiner beruflichen Beschränkung in der Ausübung einer unselbständigen Beschäftigung unterliegen. Beide Vertragsstaaten werden bestrebt sein, die obengenannten Fristen weiter zu verkürzen.

3. Die Bescheinigung kann auf Antrag auch vor Ablauf der in Absatz 2 genannten Fristen erteilt werden, wenn die Anwendung der Gesetze und Verwaltungsvorschriften des Aufenthaltslandes über ausländische Arbeitnehmer und die Anwendung der Bestimmungen des Absatzes 2 eine besondere Härte für den Arbeitnehmer bedeuten.

4. Leitenden Angestellten eines Unternehmens, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates ordnungsmäßig aufhalten, ist auf Antrag die Erlaubnis zur Ausübung einer Tätigkeit als leitender Angestellter ohne gebietliche, zeitliche und berufliche Beschränkung zu erteilen, vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 8 Absatz 4. Als leitende Angestellte eines Unternehmens gelten im Sinne dieses Vertrages:

a) die zur gesetzlichen Vertretung des Unternehmens Berufenen,

b) Personen, denen Generalvollmacht oder Prokura erteilt ist,

c) Angestellte, die für den gesamten Bereich der Geschäfte einer unselbständigen Niederlassung Handlungsvollmacht haben.

5. Den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates ordnungsmäßig aufhalten und eine unselbständige Tätigkeit bei Gesellschaften, die im Rahmen des Artikels 3 Absatz 1 tätig werden, aufnehmen oder ausüben, wird unbeschadet der günstigeren Rechte aus Artikel 9 Absatz 2 auf Antrag die Erlaubnis zur Ausübung dieser Tätigkeit erteilt werden.

6. Bei Arbeitnehmern, die im Besitz einer Bescheinigung nach Absatz 2 sind, verkürzt sich für ihre Ehegatten und Kinder die zur Erlangung einer gleichartigen Bescheinigung erforderliche Aufenthaltsdauer von mindestens zehn Jahren auf mindestens fünf Jahre, sofern die Bescheinigung nicht auf Grund der Bestimmungen des Absatzes 3 vor Ablauf dieser Frist erteilt werden kann. Beide Vertragsstaaten sichern zu, Anträge der in diesem Absatz genannten Familienangehörigen, die sich auf die Anwendung der Bestimmungen des Absatzes 3 beziehen, besonders wohlwollend zu prüfen.

7. Der Aufenthalt im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gilt als nicht unterbrochen, wenn die in den Absätzen 2 und 6 genannten Personen das Aufenthaltsland nur aus einem seiner Natur nach vorübergehenden Grunde, wie Urlaub oder Krankheit, verlassen haben.

8. Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates als Lehrpersonen, wissenschaftliche Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter an Universitäten und wissenschaftliche Hochschulen ordnungsmäßig berufen werden, wird die Erlaubnis zur Ausübung dieser Tätigkeit erteilt werden.

2. Ai cittadini di ciascuna Parte contraente che soggiornino legittimamente nel territorio dell'altra Parte contraente ed ivi siano occupati regolarmente come prestatori d'opera almeno per cinque anni con prestazioni continue o periodiche con intervalli non superiori a nove mesi, o che siano in grado di provare un regolare soggiorno ininterrotto di almeno dieci anni, verrà rilasciato, su richiesta, un documento in base al quale non sono soggetti per una durata illimitata ad alcuna restrizione territoriale e, fatte salve le disposizioni dell'articolo 8, paragrafo 4, ad alcuna limitazione professionale per quanto concerne l'esercizio di un lavoro dipendente. Le due Parti contraenti si adopereranno a ridurre ulteriormente i termini di cui sopra.

3. Su richiesta, il documento può rilasciarsi anche prima della scadenza dei termini di cui al paragrafo 2, qualora l'applicazione delle norme legislative e regolamentari del Paese di soggiorno in materia di prestatori d'opera stranieri e l'applicazione delle disposizioni di cui al paragrafo 2 determinino un particolare disagio per il prestatore d'opera.

4. Ai dirigenti di una impresa, che soggiornino legittimamente nel territorio dell'altra Parte contraente, verrà rilasciato, su richiesta, il permesso di esercitare un'attività di dirigente senza alcuna restrizione territoriale, temporale o professionale, fatte salve le disposizioni dell'articolo 8, paragrafo 4. Ai sensi del presente Trattato sono considerati dirigenti di una impresa:

a) coloro che sono autorizzati a rappresentare legalmente l'impresa;

b) le persone cui sia stata rilasciata procura speciale o generale;

c) gli impiegati delegati ad agire per l'intero campo di attività di una filiale dipendente.

5. Ai cittadini di ciascuna Parte contraente che soggiornino legittimamente nel territorio dell'altra Parte e che inizino o esercitino una attività dipendente presso le società operanti nell'ambito previsto dall'articolo 3, paragrafo 1, verrà rilasciato, su richiesta, fatto salvo il maggior diritto ai sensi del paragrafo 2 del presente articolo 9, il permesso di esercitare tale attività.

6. Per il coniuge ed i figli di un prestatore d'opera in possesso del documento di cui al paragrafo 2, la durata minima del soggiorno richiesta per il rilascio di un documento analogo si riduce da dieci anni a cinque anni, a meno che il documento non possa essere rilasciato già prima della scadenza di tale termine in base alle disposizioni del paragrafo 3. Le due Parti contraenti assicurano che esamineranno con particolare benevolenza le domande dei suddetti familiari che chiedano l'applicazione delle disposizioni del paragrafo 3.

7. Il soggiorno ai sensi delle disposizioni che precedono non è considerato interrotto quando le persone indicate al paragrafo 2 ed al paragrafo 6 abbiano abbandonato il Paese di residenza soltanto per vacanze, malattia od altre ragioni di carattere temporaneo.

8. Ai cittadini di ciascuna Parte contraente regolarmente chiamati nel territorio dell'altra Parte in qualità di insegnanti, aiuti o assistenti presso Università o Istituti superiori, sarà rilasciato il permesso di esercitarvi tale attività.

Artikel 10

1. Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates, die sich in seinem Gebiet wirtschaftlich betätigen, sowie ihre Reisenden sind berechtigt, im Gebiet des anderen Vertragsstaates Einkäufe für ihren Handel, ihr Gewerbe oder ihre sonstige Tätigkeit vorzunehmen und dort bei Staatsangehörigen und Gesellschaften im Rahmen deren Geschäftsbetriebes Bestellungen auf Waren aufzusuchen. Sie dürfen Muster oder Warenproben, aber keine Waren mit sich führen.

2. Die Ausübung der in Absatz 1 geregelten Rechte kann davon abhängig gemacht werden, daß sich die Gewerbetreibenden durch einen Ausweis der Behörden ihres Heimatlandes nach dem Muster des am 3. November 1923 in Genf unterzeichneten Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten ausweisen. Für diese Legitimationskarte ist ein konsularischer oder ein sonstiger Sichtvermerk nicht erforderlich.

3. Unberührt bleiben jedoch die etwa weitergehenden Vorteile, die sich aus der Meistbegünstigung ergeben, welche die beiden Vertragsstaaten hinsichtlich der in den Absätzen 1 und 2 geregelten Angelegenheiten hiermit vereinbaren.

Artikel 11

1. Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates dürfen im Gebiet des anderen Vertragsstaates wie Inländer frei die Dienste von selbständig Tätigen in Anspruch nehmen und unselbständig Tätige einstellen.

2. Für innere Zwecke ihrer Unternehmen und der Unternehmen, an denen sie beteiligt sind, insbesondere zur Durchführung von Untersuchungen, Buchprüfungen und technischen Ermittlungen, dürfen sie die Dienste von betriebswirtschaftlichen und technischen Sachverständigen des eigenen Landes ohne Rücksicht darauf in Anspruch nehmen, ob diese den Anforderungen genügen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates für die Aufnahme und Ausübung einer solchen Betätigung vorgeschrieben sind. Dabei muß es sich im Einzelfall jedoch um einen in der Aufgabenstellung klar umrissenen und zeitlich begrenzten Auftrag handeln.

Artikel 12

1. Den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates Inländerbehandlung gewährt für den Abschluß von Rechtsgeschäften aller Art mit allen natürlichen Personen und Gesellschaften, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates ihren Wohnsitz, Sitz oder Aufenthalt haben.

2. Dies gilt insbesondere für das Recht, Verträge zu schließen, Verbindlichkeiten einzugehen, bewegliches und unbewegliches Vermögen sowie Rechte und Interessen aller Art innezuhaben, unter Lebenden oder von Todes wegen zu erwerben, zu veräußern oder sonstwie darüber zu verfügen.

Artikel 13

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, zur Förderung des Austausches und der Anwendung wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse zusammenzuarbeiten, vor allem, um in ihren Gebieten die Produktivität zu steigern und die Lebenshaltung zu verbessern.

Artikel 14

Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates dürfen im Gebiet des anderen Vertragsstaates für ihre Person, Güter, Rechte und Interessen keinen anderen oder höheren Steuern, Gebühren, Abgaben aller Art oder sonstigen fiskalischen Lasten unter-

Articolo 10

1. I cittadini e le società di una Parte contraente, che esercitano un'attività economica nel proprio territorio, nonchè i loro commessi viaggiatori, hanno diritto di fare, nel territorio dell'altra Parte contraente, gli acquisti per il loro commercio, industria od altra attività e di ricercarvi delle ordinazioni di merci presso i cittadini e le società, nell'esercizio dell'attività economica di questi ultimi. Essi potranno recare seco dei campioni e modelli, ma non delle merci.

2. L'esercizio dei diritti disciplinati al paragrafo 1 può essere fatto dipendere dalla detenzione, da parte degli esercenti le attività, della Carta di legittimazione rilasciata dalle Autorità patrie, conforme alla Carta «tipo» istituita dalla Convenzione internazionale, firmata a Ginevra il 3 novembre 1923, per la semplificazione delle formalità doganali. Questa Carta di legittimazione non richiederà un visto consolare o d'altro genere.

3. Sono fatti salvi, tuttavia, gli eventuali maggiori vantaggi derivanti dal trattamento della nazione più favorita che le due Parti contraenti qui convengono di accordarsi per tutto quanto concerne la materia di cui ai paragrafi 1 e 2.

Articolo 11

1. I cittadini e le società di ciascuna Parte contraente possono, nel territorio dell'altra Parte, servirsi liberamente delle prestazioni dei lavoratori autonomi e assumere lavoratori dipendenti, alla pari dei nazionali.

2. Per scopi interni alle loro imprese e alle imprese cui partecipano, in particolare per l'effettuazione di controlli, verifiche di conti e accertamenti tecnici, essi possono servirsi delle prestazioni di esperti economici e tecnici del proprio Paese, ancorchè detti esperti non posseggano i requisiti prescritti nel territorio dell'altra Parte contraente per l'inizio e l'esercizio di tali attività. Si deve però trattare, in ogni singolo caso, di un incarico di durata limitata e il cui compito sia chiaramente definito.

Articolo 12

1. Ai cittadini ed alle società di ciascuna Parte contraente è accordato nel territorio dell'altra Parte il trattamento dei nazionali, per la conclusione di negozi giuridici di ogni tipo con ogni persona fisica e società che abbia residenza, sede o dimora nel territorio dell'altra Parte contraente.

2. Questo vale in particolare per il diritto di stipulare contratti, di assumere obbligazioni, di essere titolare di beni mobili ed immobili, di diritti ed interessi di ogni specie, di acquistarli per atti tra vivi o per causa di morte e di alienarli o comunque disporne.

Articolo 13

Le Parti contraenti si impegnano a collaborare all'incremento dello scambio e dell'impiego di conoscenze scientifiche e tecniche, allo scopo, sopratutto, di aumentare la produttività e di migliorare il tenore di vita nei propri territori.

Articolo 14

1. I cittadini e le società di ciascuna Parte contraente non saranno assoggettati, nel territorio dell'altra Parte, per la loro persona, i loro beni, diritti ed interessi, a tasse, imposte, contributi o ad ogni altro gravame fiscale, percepiti dallo Stato, dalle Autorità regionali e

worfen werden, als sie durch den Staat, die regionalen und örtlichen Behörden oder für deren Rechnung von den in gleicher Lage befindlichen eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörigen und Gesellschaften irgendeines dritten Landes erhoben werden.

locali, o per loro conto, diversi o più elevati di quelli che, in situazioni identiche, saranno percepiti sui cittadini e sulle società nazionali, o sui cittadini e sulle società di qualsiasi terzo Paese.

Artikel 15

1. Die Zahlungsbeziehungen regeln sich nach den Rechten und Pflichten, die sich für beide Vertragsstaaten aus ihrer Mitgliedschaft bei internationalen wirtschaftlichen Organisationen und aus den im Rahmen dieser Organisationen zur Regelung der Zahlungsbeziehungen abgeschlossenen mehrseitigen Abkommen ergeben.

2. Die übrigen Artikel dieses Vertrages hindern keinen Vertragsstaat, gesetzliche Beschränkungen anzuwenden, die sich im Rahmen der im Absatz 1 genannten mehrseitigen Abkommen halten. Jeder Vertragsstaat wird derartige Beschränkungen in möglichst liberaler Weise anwenden und sich bemühen, sie aufzuheben oder zu mildern, soweit es seine Wirtschafts-, Finanz- und Devisenlage erlaubt.

3. Jeder Vertragsstaat gewährt den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates angemessene Möglichkeiten für den Transfer des investierten Kapitals und seiner Erträgnisse. Derselbe Grundsatz gilt für die Entschädigungen gemäß Artikel 5 Absatz 3 und Artikel 6 Absatz 4, die nach Inkrafttreten dieses Vertrages gezahlt werden.

Articolo 15

1. I rapporti di pagamento verranno regolati secondo i diritti e gli obblighi risultanti, per entrambe le Parti contraenti, dalla loro qualità di membri di Organizzazioni economiche internazionali e dagli accordi multilaterali per il regolamento dei rapporti di pagamento conclusi nell'ambito di queste Organizzazioni.

2. Gli altri articoli del presente Trattato non impediscono a ciascuna Parte contraente di applicare le limitazioni previste dalla rispettiva legislazione, rientranti nell'ambito delle disposizioni di cui al paragrafo 1. Ciascuna delle Parti contraenti applicherà tali limitazioni nel modo più liberale e si sforzerà di abolire o di attenuare queste limitazioni nella misura in cui sua situazione economica, finanziaria e valutaria lo permetta.

3. Ciascuna Parte contraente accorda ai cittadini e alle società dell'altra Parte possibilità adeguate per il trasferimento del capitale investito e dei suoi redditi. Lo stesso principio vale per gli indennizzi di cui all'articolo 5, paragrafo 3, e all'articolo 6, paragrafo 4, che saranno corrisposti dopo l'entrata in vigore del presente Trattato.

Artikel 16

1. Der Warenverkehr richtet sich nach den Rechten und Pflichten, die sich für beide Vertragsstaaten aus den entsprechenden mehrseitigen Abkommen, denen beide angehören, ergeben, soweit er in diesem Vertrage oder in anderen zweiseitigen Verträgen zwischen den Vertragsstaaten nicht geregelt ist.

2. Die Bestimmungen dieses Vertrages, die Angelegenheiten zum Gegenstand haben, die auch in den vorstehend genannten mehrseitigen Abkommen geregelt sind, gelten zu den Bedingungen, die für die Anwendung dieser mehrseitigen Abkommen maßgebend sind.

Articolo 16

1. Gli scambi commerciali saranno regolati in base ai diritti ed agli obblighi che risultano per ambedue le Parti contraenti dagli Accordi multilaterali in materia, cui le Parti stesse aderiscano, sempre che essi non siano disciplinati dal presente Trattato o da altri Accordi bilaterali tra le Parti medesime.

2. Le disposizioni contenute nel presente Trattato, che hanno per oggetto materie regolate anche negli Accordi multilaterali di cui sopra, saranno valide alle stesse condizioni stabilite per l'applicazione di detti Accordi multilaterali.

Artikel 17

Jeder Vertragsstaat räumt den aus dem anderen Vertragsstaat stammenden oder für ihn bestimmten Waren unmittelbar und bedingungslos alle Vorteile, Vergünstigungen, Vorrechte und Befreiungen ein, die er den aus irgendeinem anderen Land stammenden oder für dieses bestimmten gleichartigen Waren gewährt. Dies bezieht sich auf die Abgabenhöhe, die Sicherheitsleistung und die Erhebung der Zölle und Abgaben jeder Art, die aus Anlaß oder im Zusammenhang mit der Einfuhr, Ausfuhr oder der Überweisung von Zahlungen für Einfuhren oder Ausfuhren zu entrichten sind, sowie auf die Gesamtheit der mit der Einfuhr, Ausfuhr, Durchfuhr, Lagerung, vorübergehenden Einfuhr oder vorübergehenden Ausfuhr, der Wiederausfuhr oder Wiedereinfuhr von Waren zusammenhängenden Zollvorschriften und Zollförmlichkeiten, ohne daß hinsichtlich Weg und Art des verwendeten Beförderungsmittels irgendein Unterschied gemacht wird.

Articolo 17

Ciascuna Parte contraente concede immediatamente e senza condizioni, ai prodotti originari o a destinazione dell'altra Parte, tutti i vantaggi, favori, privilegi ed immunità da essa accordati o che accorderà in avvenire ai prodotti similari originari o a destinazione di qualsiasi altro Paese. Ciò si riferisce a tutto quanto concerne l'ammontare, la garanzia e la riscossione dei dazi e diritti di ogni specie dovuti in occasione od a causa dell'importazione o dell'esportazione, come pure i diritti dovuti per il trasferimento di fondi eseguito in pagamento delle importazioni o delle esportazioni, l'insieme della regolamentazione doganale e delle formalità doganali afferenti l'importazione, l'esportazione, il transito, il deposito, l'importazione o esportazione temporanee, la riesportazione o reimportazione delle merci, senza che sia fatta distinzione alcuna in rapporto alla via ed al mezzo di trasporto impiegati.

Artikel 18

1. Bei der Einfuhr von Waren des einen Vertragsstaates in das Gebiet des anderen Vertragsstaates werden in der Regel keine Ursprungszeugnisse verlangt.

2. Sofern die Vorlage von Ursprungszeugnissen für unbedingt erforderlich gehalten wird, werden die Vertragsstaaten die Ausstellung solcher Zeugnisse keinen

Articolo 18

1. All'importazione dei prodotti di una delle due Parti contraenti nel territorio dell'altra Parte non saranno, di regola, richiesti certificati di origine.

2. Nei casi in cui la presentazione di tali certificati fosse ritenuta strettamente indispensabile, le due Parti contraenti non sottoporranno il rilascio dei certificati mede-

überflüssigen Förmlichkeiten unterwerfen, die den Handel behindern. Diese Zeugnisse sind außer bei Verdacht des Mißbrauchs von konsularischen Sichtvermerken befreit.

3. Wenn die Waren dritter Länder durch das Gebiet des einen Vertragsstaates in das Gebiet des anderen Vertragsstaates eingeführt werden, werden die Zollbehörden dieses Vertragsstaates auch die von den Zollbehörden des Durchfuhrlandes ausgestellten Ursprungszeugnisse anerkennen, sofern aus diesen hervorgeht, daß die Waren während der Durchfuhr ständig unter Zollaufsicht geblieben sind.

4. Für die Feststellung des Ursprungs der eingeführten Waren gelten die Vorschriften des Einfuhrlandes.

Artikel 19

1. Jeder Vertragsstaat wird Gesetze, Verwaltungsvorschriften und Entscheidungen von allgemeiner Geltung, die sich auf die Sätze von Zöllen, Steuern und anderen Abgaben, auf die Zolltarifierung von Waren, auf die Vorschriften, Beschränkungen und Verbote hinsichtlich der Einfuhr und Ausfuhr, auf die entsprechende Überweisung von Zahlungsmitteln, auf den Verkauf, die Verteilung, Beförderung, Versicherung, Lagerung, Überprüfung, Ausstellung, Veredlung, Vermischung oder jede andere Verwendung der Waren beziehen, unverzüglich veröffentlichen, um dem anderen Vertragsstaat und den Handeltreibenden die Kenntnisnahme zu ermöglichen. Neue erschwerende Maßnahmen von allgemeiner Bedeutung werden in jedem Fall nicht vor ihrer amtlichen Bekanntmachung in Kraft gesetzt werden. Die vorerwähnten Gesetze, Verwaltungsvorschriften und Entscheidungen werden einheitlich, unparteiisch und gerecht angewendet.

2. Jeder Vertragsstaat ermöglicht den Einführern von Waren des anderen Vertragsstaates durch ein Rechtsmittelverfahren eine unverzügliche und unparteiische Überprüfung und Berichtigung der in Zollangelegenheiten getroffenen Verwaltungsmaßnahmen. Dies gilt vor allem für die Entscheidungen der Zollbehörden über die Zolltarifierung und die Feststellung des Zollwertes von Waren.

3. Geringfügige Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze und Zollverfahrensbestimmungen sollen nicht durch strenge Strafen geahndet werden. Dies gilt besonders dann, wenn es sich um Unterlassungen oder Irrtümer handelt, die bei der Vorlage von Papieren bei den Zollbehörden in gutem Glauben begangen werden.

4. Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die geographischen Ursprungsbezeichnungen und die Bezeichnungen gewisser Waren, die unmittelbar oder mittelbar auf den Ursprung in einem der beiden Vertragsstaaten hinweisen, gegen den unlauteren Wettbewerb im Handelsverkehr wirksam zu schützen. Die Vertragsstaaten werden außerdem über diese Angelegenheiten ein Abkommen schließen.

Artikel 20

Unter der Bedingung der Wiederausfuhr oder Wiedereinfuhr innerhalb einer festgesetzten Frist und des Nachweises der Nämlichkeit sowie unter dem Vorbehalt der erforderlichen Sicherheitsleistungen und Aufsichtsmaßnahmen werden von jedem Vertragsstaat auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zur vorübergehenden Einfuhr und Ausfuhr frei von jeder Eingangs- und Ausgangsabgabe zugelassen:

a) Gegenstände, die aus dem Gebiet des einen Vertragsstaates in das Gebiet des anderen Vertragsstaates eingeführt werden, um dort ausgebessert und nach beendigter Ausbesserung wiederausgeführt zu werden;

simi a formalità superflue che siano di ostacolo al commercio. Salvo i casi di sospetto d'abuso, detti certificati saranno dispensati dal visto consolare.

3. Qualora prodotti di terzi Paesi vengano importati attraverso il territorio di una delle due Parti contraenti nel territorio dell'altra Parte, le Autorità doganali di questa accetteranno anche i certificati di origine emessi dalle Autorità doganali dell'altra Parte, purchè dagli stessi certificati risulti che i prodotti sono rimasti, durante il transito, sempre sotto sorveglianza doganale.

4. Per la determinazione dell'origine dei prodotti importati, sono applicabili le disposizioni del Paese importatore.

Articolo 19

1. Le leggi, i regolamenti e le decisioni di applicazione generale, che si riferiscono alla classificazione delle merci ai fini doganali, agli oneri daziari, tasse od altri tributi, alle restrizioni o proibizioni relative alla importazione o all'esportazione od ai trasferimenti dei relativi pagamenti, ovvero che riguardano la vendita, la distribuzione, il trasporto, l'assicurazione, il deposito, l'ispezione, l'esposizione, la trasformazione, la miscela ed ogni altro utilizzo dei prodotti, saranno pubblicati da ciascuna Parte contraente nei più brevi termini, in modo da permettere all'altra Parte ed ai commercianti di prenderne conoscenza. Nuove più gravose misure di ordine generale non saranno comunque applicate prima della loro pubblicazione ufficiale. Le leggi, i regolamenti e le decisioni di cui al presente paragrafo saranno applicati in maniera uniforme, imparziale ed equa.

2. Ciascuna Parte contraente renderà possibile agli importatori dei prodotti dell'altra Parte un esame sollecito ed imparziale mediante giudizio di impugnazione delle misure amministrative relative a questioni doganali, ai fini della loro eventuale revisione e rettifica. Ciò vale sopratutto per le decisioni delle Autorità doganali in materia di classificazione delle merci e di determinazione del valore imponibile.

3. Non saranno imposte penalità severe per lievi infrazioni alla legislazione o alla procedura doganale, in particolare allorquando si tratti di omissioni o di errori di buona fede commessi nella documentazione presentata alla dogana.

4. Ciascuna delle Parti contraenti si impegna a prendere tutte le misure necessarie per garantire in modo effettivo le denominazioni geografiche di origine e le denominazioni di certi prodotti indicanti direttamente o indirettamente la origine da una dei Paesi contraenti contro la concorrenza sleale nelle operazioni commerciali. Le due Parti contraenti concluderanno inoltre un accordo su tale materia.

Articolo 20

Sotto condizione della riesportazione o della reimportazione entro un termine stabilito e della prova di identità, nonchè con riserva delle garanzie e delle misure di controllo necessarie, saranno ammessi reciprocamente da ciascuna Parte contraente all'importazione ed all'esportazione temporanee, in esenzione da qualsiasi diritto di entrata o di uscita:

a) gli oggetti che vengono importati dal territorio di una delle Parti contraenti nel territorio dell'altra Parte per essere ivi riparati e riesportati dopo l'avvenuta riparazione;

b) handelsübliche Verpackungsmittel, auch ohne Umschließungscharakter, die nach den anerkannten Handelsgepflogenheiten unter der Voraussetzung, daß sie nicht zur endgültigen Überlassung in Rechnung gestellt sind, leer eingeführt werden, um gefüllt und wiederausgeführt zu werden, oder voll eingeführt werden, um geleert und leer oder voll wiederausgeführt zu werden;

c) Werkzeuge, Instrumente und mechanische Geräte, die ein Unternehmen des einen Vertragsstaates in das Gebiet des anderen Vertragsstaates einführt, um dort durch sein Personal Montage-, Versuchs-, Ausbesserungs- oder ähnliche Arbeiten vornehmen zu lassen, gleichviel, ob die genannten Gegenstände versandt oder durch das Personal selbst eingebracht werden;

d) Maschinen, Apparate sowie deren Teile, die aus dem Gebiet des einen Vertragsstaates in das Gebiet des anderen Vertragsstaates zu den von diesem festgelegten Bedingungen zur Erprobung versandt werden;

e) Waren aller Art, die für internationale Ausstellungen und Mustermessen bestimmt sind, wenn diese Veranstaltungen von der Regierung des Landes, in welchem sie stattfinden, anerkannt werden.

b) i recipienti esterni od interni normalmente usati in commercio che, secondo gli usi commerciali riconosciuti, e sempreché non siano fatturati per cessione definitiva, siano importati vuoti per essere riempiti e riesportati od importati pieni per essere vuotati e riesportati vuoti o riempiti;

c) gli utensili, gli strumenti e gli attrezzi meccanici importati da una ditta di una delle Parti contraenti nel territorio dell'altra Parte, allo scopo di farvi eseguire dal proprio personale lavori di montaggio, di prova, di riparazione od altri simili, sia che detti oggetti vengano spediti, sia che vengano introdotti dal personale stesso;

d) le macchine, gli apparecchi e relative parti, spediti dal territorio di una delle Parti contraenti, per essere sperimentati nel territorio dell'altra Parte alle condizioni da questa stabilite;

e) i prodotti di ogni specie destinati ad esposizioni e fiere internazionali riconosciute dal Governo del Paese nel quale hanno luogo.

Artikel 21

1. Wenn ein Vertragsstaat die Behandlung einer Ware bei der Einfuhr von besonderen Bedingungen in bezug auf Zusammensetzung, Reinheitsgrad, Güte, sanitären Zustand, Erzeugungsgebiet oder von anderen ähnlichen Bedingungen abhängig macht, werden die beiden Vertragsstaaten bemüht sein, besondere Abkommen abzuschließen, um die Kontrollförmlichkeiten bei der Einfuhr durch Vorlage von Zeugnissen zu vereinfachen, die von den Behörden des Ausfuhrlandes ausgestellt werden.

2. Die in Absatz 1 in Aussicht genommenen Abkommen sollen das Verfahren für die Ausstellung der Zeugnisse regeln und die für die Waren vorgeschriebenen Bedingungen festlegen, damit diese Zeugnisse im Einfuhrland anerkannt werden können.

3. Die Behörden des Einfuhrlandes sind berechtigt, die Richtigkeit der genannten Zeugnisse nachzuprüfen und sich über die Nämlichkeit der Ware Gewißheit zu verschaffen.

Articolo 21

1. Quando una delle due Parti contraenti fa dipendere il trattamento di una merce all'importazione da speciali condizioni relative alla composizione, al grado di purezza, alla qualità, allo stato sanitario, alla zona di produzione o da altre simili condizioni, le due Parti contraenti si sforzeranno di concludere specifici accordi al fine di semplificare le formalità di controllo all'importazione mediante la presentazione di certificati rilasciati dalle Autorità del Paese esportatore.

2. Gli accordi considerati al paragrafo 1 regoleranno la procedura per il rilascio dei certificati e le condizioni cui devono rispondere le merci affinchè i certificati stessi vengano riconosciuti nel Paese importatore.

3. Le Autorità del Paese importatore avranno il diritto di verificare l'esattezza dei detti certificati e di assicurarsi della identità della merce.

Artikel 22

1. Die vom Staat, von regionalen und örtlichen Behörden oder auf deren Rechnung im Gebiet eines der Vertragsstaaten erhobenen Steuern, Gebühren und anderen inneren Abgaben, die auf der Erzeugung, Herstellung, Beförderung, Verteilung, dem Verkauf oder Verbrauch einer Ware lasten, sind für die aus dem anderen Vertragsstaat stammenden Waren nicht in höherem Maße oder in erschwerenderer Art als für gleichartige Waren inländischen Ursprungs zu erheben.

2. Die aus dem einen Vertragsstaat stammenden Waren, die in das Gebiet des anderen Vertragsstaates eingeführt werden, dürfen keine ungünstigere Behandlung erfahren als gleichartige Waren inländischen Ursprungs und zwar in allem, was die Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften über das Angebot, den Verkauf, Einkauf, die Beförderung, Verteilung oder Verwendung dieser Waren auf dem inländischen Markt betrifft.

3. Unberührt bleiben die etwa weitergehenden Vorteile, die sich aus der Meistbegünstigung ergeben, welche die beiden Vertragsstaaten hinsichtlich der in den Absätzen 1 und 2 geregelten Angelegenheiten hiermit vereinbaren.

Articolo 22

1. Le imposte, tasse o altri diritti interni, percepiti dallo Stato, dalle Autorità regionali e locali, o per loro conto, nel territorio di una delle due Parti contraenti, che gravano attualmente o graveranno in avvenire sulla produzione, sulla fabbricazione, sul trasporto, sulla distribuzione, sulla vendita o sul consumo di un prodotto qualsiasi, non saranno dovuti od applicati per i prodotti originari dell'altra Parte contraente in misura più elevata od in modo più oneroso che per i similari prodotti nazionali.

2. I prodotti originari di una Parte contraente importati nel territorio dell'altra Parte non saranno assoggettati ad un trattamento meno favorevole di quello accordato ai similari prodotti nazionali, per tutto quanto concerne le leggi, i regolamenti e le prescrizioni relativi alla vendita, la messa in vendita, l'acquisto, il trasporto, la distribuzione e l'utilizzo di questi prodotti sul mercato interno.

3. Sono fatti salvi gli eventuali maggiori vantaggi derivanti dal trattamento della nazione più favorita che le due Parti contraenti qui convengono di accordarsi per tutto quanto concerne le materie di cui ai paragrafi 1 e 2.

Artikel 23

Kein Unternehmen eines Vertragsstaates, das sich in öffentlichem Eigentum befindet oder unter öffentlicher Kontrolle steht, genießt, wenn es sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates im Handel, in der Industrie, im Transportwesen oder in einem anderen Wirtschaftszweig betätigt, für sich oder sein Vermögen im Gebiet des anderen Vertragsstaates Befreiung von der Besteuerung, der gerichtlichen Verfolgung von Ansprüchen, der Vollstreckung oder anderweitigen Pflichten, denen private Unternehmen im Gebiet des anderen Vertragsstaates unterliegen, noch darf es eine solche Befreiung beanspruchen.

Articolo 23

Nessuna impresa di ciascuna Parte contraente di proprietà pubblica o sotto controllo pubblico, qualora svolga attività commerciali, industriali, di trasporto od altre attività economiche entro il territorio dell'altra Parte contraente, potrà pretendere o godere nel territorio stesso, nè per sè nè per i propri beni, esenzioni da tributi, da azioni legali, da atti esecutivi o da qualsiasi altro obbligo ai quali sia ivi soggetta una impresa privata.

Artikel 24

1. Schiffe unter der Flagge des einen Vertragsstaates, welche die Papiere mit sich führen, die nach seinem Recht zum Nachweis der Nationalität vorgeschrieben sind, gelten als Schiffe dieses Vertragsstaates.

2. Die von den zuständigen Behörden ausgestellten Schiffsmeßbriefe werden gegenseitig anerkannt. Die Berechnung und Entrichtung der Schiffahrtsgebühren und -abgaben erfolgt auf Grund dieser Meßbriefe, ohne eine neue Vermessung, nach den Bestimmungen des anderen Vertragsstaates und unter den gleichen Bedingungen, wie sie für die eigenen Schiffe gelten. Die vorerwähnte Anerkennung beruht auf der grundsätzlichen Gleichwertigkeit, die zwischen den zur Zeit angewandten Vermessungssystemen beider Vertragsstaaten besteht; falls die Vermessungssysteme in Zukunft geändert werden sollten, muß der Vertragsstaat, der ihre Änderung anordnet, dem anderen Vertragsstaat davon Mitteilung machen, damit im gegenseitigen Einvernehmen zur Wiederherstellung der Gleichwertigkeit geeignete Maßstäbe, die für neue Schiffsmeßbriefe anzuwenden sind, festgelegt werden können.

3. Die Schiffe des einen Vertragsstaates können nicht im Schiffsregister des anderen Vertragsstaates eingetragen werden, ohne daß eine Erklärung über die Löschung durch die Behörde des Staates vorliegt, dessen Flagge sie bis dahin geführt haben.

Articolo 24

1. Le navi battenti bandiera di una delle Parti contraenti, che recano i documenti prescritti a prova della loro nazionalità in base alla propria legge nazionale, sono considerate navi di tale Parte contraente.

2. I certificati di stazza rilasciati dalle competenti Autorità sono riconosciuti reciprocamente. Il calcolo ed il pagamento delle tasse e dei diritti di navigazione avviene in base a detti certificati e senza un nuovo calcolo, sulla base delle disposizioni dell'altra Parte contraente ed a condizioni uguali a quelle vigenti per le proprie navi. Il riconoscimento anzidetto si basa sulla sostanziale equivalenza esistente tra gli attuali sistemi di stazzatura delle due Parti; qualora i medesimi dovessero in seguito essere variati, la Parte che ne disponga la modifica dovrà darne notizia all'altra Parte contraente, affinchè possano essere di comune accordo stabiliti dei coefficienti da applicare ai nuovi certificati di stazza ed atti a ristabilire l'equivalenza.

3. Le navi di una delle Parti contraenti non potranno essere iscritte nei registri marittimi dell'altra senza una dichiarazione di dismissione di bandiera rilasciata dalle Autorità dello Stato di cui battono la bandiera.

Artikel 25

1. Jeder Vertragsstaat gewährt den Schiffen des anderen Vertragsstaates die gleiche Behandlung wie seinen eigenen Schiffen oder denen irgendeines anderen Staates in den seiner Staatshoheit oder Herrschaft unterstellten Häfen; dies bezieht sich auf den freien Zugang zum Hafen, seine Benutzung und die uneingeschränkte Inanspruchnahme der für die Schiffahrt und die Handelsverrichtungen bestehenden Einrichtungen, die jeder Vertragsstaat den Schiffen, ihren Waren und Fahrgästen zur Verfügung stellt. Diese Gleichbehandlung erstreckt sich auf Erleichterungen aller Art, wie Zuteilung von Kaiplätzen, Lade- und Löscheinrichtungen, sowie auf jede Art von Abgaben und Gebühren, die im Namen oder für Rechnung des Staates, der öffentlichen Behörden, der Konzessionsinhaber oder von Anstalten jeder Art erhoben werden.

2. Den Schiffen des einen Vertragsstaates wird hinsichtlich des Rechts, Ladung jeder Art zu befördern, die nach oder von dem Gebiet des anderen Vertragsstaates verschifft werden darf, Inländerbehandlung und Meistbegünstigung gewährt.

3. Den Schiffen des einen Vertragsstaates steht es in gleicher Weise wie den Schiffen des anderen Vertragsstaates frei, in allen der ausländischen Schiffahrt und dem ausländischen Handel geöffneten Häfen des anderen Vertragsstaates einen Teil ihrer aus dem Ausland kommenden Ladung zu löschen sowie Fahrgäste an Land zu

Articolo 25

1. Ciascuna Parte contraente accorda alle navi dell'altra Parte lo stesso trattamento previsto per le proprie navi e per quelle di qualsiasi altro Stato nei porti sottoposti alla propria sovranità o autorità, per quanto riguarda il libero accesso al porto, la sua utilizzazione ed il pieno godimento degli impianti esistenti per la navigazione e per le operazioni commerciali che essa pone a disposizione delle navi, delle loro merci e dei loro passeggeri. L'eguaglianza di trattamento così stabilita si estende alle facilitazioni di ogni specie quali assegnazione di posti di ormeggio, di installazioni di carico e scarico, come pure a diritti e tasse di ogni genere percepiti in nome o per conto dello Stato, di Autorità pubbliche, concessionari o enti di ogni genere.

2. Il trattamento nazionale e quello della nazione più favorita saranno accordati alle navi di ciascuna Parte contraente per quanto concerne il diritto di trasportare carichi di ogni genere che possano essere imbarcati a destinazione o in provenienza dal territorio dell'altra Parte.

3. Le navi di ciascuna Parte contraente alla pari delle navi dell'altra Parte possono scaricare parte del loro carico e dei loro passeggeri provenienti dall'estero in tutti i porti dell'altra Parte aperti alla navigazione ed al commercio estero e conservare a bordo il resto del loro carico ed i rimanenti passeggeri destinati ad altri porti

setzen und den Rest ihrer nach anderen der ausländischen Schiffahrt und dem ausländischen Handel geöffneten Häfen, sei es des gleichen Landes, sei es anderer Länder, bestimmten Ladung und die übrigen dahin reisenden Fahrgäste an Bord zu behalten; diese Schiffe dürfen während der gleichen Reise in den verschiedenen, der ausländischen Schiffahrt und dem ausländischen Handel geöffneten Häfen auch Ladung und Fahrgäste nach dem Ausland an Bord nehmen.

aperti alla navigazione ed al commercio estero sia dello stesso Paese che di altri; dette navi possono pure imbarcare durante lo stesso viaggio, nei vari porti aperti alla navigazione ed al commercio estero, carico e passeggeri purchè diretti all'estero.

Artikel 26

Die unter der Flagge des einen Vertragsstaates beförderten Waren, die nach dem Gebiet des anderen Vertragsstaates bestimmt sind oder aus ihm kommen, genießen die gleichen Vergünstigungen, wie sie den unter der Flagge des anderen Vertragsstaates beförderten Waren gewährt werden. Dies gilt insbesondere für Zölle, andere Abgaben, Gebühren, Prämien, Rückvergütungen und sonstige Vergünstigungen dieser Art sowie für die Anwendung der Zollvorschriften und die Verladung und Entladung auf der Eisenbahn oder anderen Verkehrsmitteln.

Articolo 26

Le merci viaggianti sotto bandiera di una Parte contraente a destinazione del territorio dell'altra Parte o provenienti da esso, godono delle stesse facilitazioni accordate alle merci spedite sotto bandiera dell'altra Parte. Ciò vale, in particolare, per i diritti doganali, gli altri tributi e diritti, i premi, i rimborsi ed altre facilitazioni del genere, nonchè per l'applicazione delle disposizioni doganali, il carico e lo scarico per ferrovia o altri mezzi di trasporto.

Artikel 27

Wenn ein Schiff des einen Vertragsstaates an der Küste des anderen Vertragsstaates strandet oder Schiffbruch erleidet oder gezwungen ist, in einem Hafen des anderen Vertragsstaates Schutz zu suchen, wird dieser Vertragsstaat dem Schiff, der Besatzung, den Fahrgästen, der persönlichen Habe der Besatzung und der Fahrgäste sowie der Ladung des Schiffes den gleichen Schutz und Beistand gewähren, der in entsprechender Lage einem Schiff unter eigener Flagge gewährt werden würde. Die von dem Schiff geborgenen Gegenstände sind von jedem Zoll befreit, wenn sie nicht dem inländischen Verbrauch zugeführt werden. Diese Gegenstände können für die ganze Dauer ihres Verbleibs in diesem Staate, auch wenn sie nicht dem inländischen Verbrauch zugeführt werden, Zollsicherungsmaßnahmen unterworfen werden.

Articolo 27

Qualora una nave di una Parte contraente arenasse lungo le coste dell'altra Parte o subisse naufragio o fosse costretta a ricercare rifugio in un porto dell'altra Parte contraente, questa assicurerà alla nave, all'equipaggio, ai passeggeri, ai beni personali dell'equipaggio e dei passeggeri, nonchè al carico della nave, la stessa protezione ed assistenza che assicurerebbe in situazioni analoghe ad una nave battente bandiera nazionale. Gli oggetti recuperati dalla nave sono esenti dal pagamento dei diritti doganali, a condizione che non vengano passati al consumo interno. Tali oggetti, anche se non passati al consumo interno, possono essere soggetti a misure di sorveglianza doganale per tutto il periodo della loro permanenza in tale Stato.

Artikel 28

1. Die Kapitäne der Schiffe unter der Flagge des einen Vertragsstaates, deren Besatzung infolge von Krankheiten oder aus einem anderen Grunde nicht mehr vollzählig ist, dürfen in allen Häfen des anderen Vertragsstaates die Seeleute anheuern, die zur Fortsetzung der Reise notwendig sind, wobei die Anheuerung nach dem Recht der Flagge des Schiffes vorgenommen wird.

2. Seeleute, die Staatsangehörige des einen Vertragsstaates sind und ein an Stelle eines Reisepasses ausgestelltes Seefahrtbuch mit sich führen, dürfen durch das Gebiet des anderen Vertragsstaates reisen, um zu ihren Schiffen zu gelangen oder in ihre Heimat zurückzukehren.

Articolo 28

1. I capitani delle navi battenti bandiera di una delle due Parti contraenti, l'equipaggio delle quali non sia completo in seguito a malattia o per altri motivi possono ingaggiare, in tutti i porti dell'altra Parte contraente, i marittimi necessari per la continuazione del viaggio, restando inteso che l'ingaggio sarà concluso in conformità alla legge della bandiera della nave.

2. Ai marittimi che siano cittadini di una delle due Parti contraenti ed abbiano con sè il libretto di navigazione rilasciato in sostituzione del passaporto, è consentito di viaggiare attraverso il territorio dell'altra Parte contraente, per raggiungere la loro nave o per ritornare in patria.

Artikel 29

Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Inländerbehandlung auf dem Gebiet der Schiffahrt finden keine Anwendung:

a) auf die durch besondere Gesetze getroffene Regelung, die sich auf die Förderung der Schiffbauindustrie und der Ausübung der Seeschiffahrt bezieht;
b) auf die den Hochseesport-Vereinigungen gewährten Vorrechte;
c) auf die Ausübung der seemännischen Dienste in den Häfen, an Reeden oder am Strand, einschließlich des Lotsen-, Schlepp-, Rettungs- und Bergungsdienstes;
d) auf die Küsten- und Binnenschiffahrt;

Articolo 29

Le disposizioni del presente Trattato relative al trattamento nazionale in materia di navigazione non si applicano:

a) alla disciplina stabilita da leggi speciali per quanto concerne gli incoraggiamenti all'industria delle costruzioni navali e all'esercizio della navigazione marittima;
b) ai privilegi concessi alle società per lo sport nautico;
c) all'esercizio dei servizi marittimi dei porti, delle rade e spiaggie, ivi compresi il pilotaggio, il rimorchio, il salvataggio e l'assistenza marittima;
d) al cabotaggio e alla navigazione interna;

e) auf die Ausübung des Fischfangs in den Hoheitsgewässern;

f) auf die Auswanderung und die Beförderung der Auswanderer.

Artikel 30

Beide Vertragsstaaten werden diskriminierende Maßnahmen unterlassen, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffahrt des anderen Vertragsstaates führen und die Flaggenwahl entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen können.

Artikel 31

Die für die Schiffahrt geltenden Bestimmungen dieses Vertrages finden auf Kriegsschiffe keine Anwendung.

Artikel 32

1. Die Vertragsstaaten gewähren sich gegenseitig für Waren, einschließlich Gepäck, und Beförderungsmittel aller Art Freiheit der Durchfuhr durch ihr Gebiet, gleichgültig, ob als Beförderungsweg Landstraße, Schiene, Luft, Binnengewässer oder die See benutzt wird.

2. Jeder Vertragsstaat kann verlangen, daß der Durchfuhrverkehr durch sein Gebiet nach oder aus dem Gebiet des anderen Vertragsstaates bei der zuständigen Zollstelle angemeldet wird; jedoch wird dieser Verkehr, außer bei Nichtbeachtung der Zollvorschriften, nicht unnötigen Verzögerungen oder Beschränkungen unterworfen. Dieser Verkehr ist von Zöllen, anderen Durchfuhrabgaben und Durchfuhrbelastungen befreit, mit Ausnahme der Beförderungskosten oder sonstigen Belastungen, die dem aus der Durchfuhr entstehenden Verwaltungsaufwand oder den Kosten der erbrachten Dienstleistungen entsprechen.

3. Waren jeder Art mit Ursprung in einem der Vertragsstaaten, die durch das Gebiet dritter Staaten in das Gebiet des anderen Vertragsstaates eingeführt werden, wie auch Waren beliebiger Herkunft, die von einem Vertragsstaat über das Gebiet des anderen Vertragsstaates eingeführt werden, unterliegen bei ihrer Einfuhr keinen anderen oder höheren Zöllen oder Belastungen als denen, die erhoben werden würden, wenn die Einfuhr dieser Waren unmittelbar aus dem Ursprungsland erfolgte. Diese Bestimmung gilt sowohl für die Waren, die unmittelbar durchgeführt werden, als auch für Waren, die während der Durchfuhr unter Zollaufsicht umgeladen, umgepackt oder gelagert werden.

Artikel 33

1. Der Ausdruck „Gesellschaften" in diesem Vertrag umfaßt alle juristischen Personen, Handelsgesellschaften sowie allen anderen Gesellschaften und Vereinigungen, auch wenn sie keine Rechtspersönlichkeit haben, die im Gebiet des einen Vertragsstaates ihren Sitz haben und nach dessen Gesetzen zu Recht bestehen, unabhängig davon, ob die Haftung ihrer Gesellschafter oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

2. Der rechtliche Status der Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates anerkannt.

Artikel 34

1. Durch die Bestimmungen dieses Vertrages bleibt das Recht eines jeden Vertragsstaates unberührt, Maßnahmen zu ergreifen oder aufrechtzuerhalten:

a) die notwendig sind, um seine Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des internationalen Friedens und der internationalen

e) all'esercizio della pesca nelle acque territoriali;

f) all'emigrazione e al trasporto degli emigranti.

Articolo 30

Le due Parti contraenti non adotteranno misure discriminatorie che possano pregiudicare la navigazione marittima dell'altra Parte contraente e compromettere, in contrasto con i principi della libera concorrenza, la scelta della bandiera.

Articolo 31

Le disposizioni del presente Trattato in materia di navigazione non si applicano alle navi da guerra.

Articolo 32

1. Le Parti contraenti si concedono reciprocamente la libertà di transito attraverso il loro territorio per le merci, ivi compresi i bagagli, e per i mezzi di trasporto di ogni genere, qualunque sia la via impiegata per il trasporto: stradale, ferroviaria, aerea, marittima o di navigazione interna.

2. Ciascuna Parte contraente potrà esigere che il traffico di transito attraverso il suo territorio, a destinazione o in provenienza dal territorio dell'altra Parte, faccia oggetto di una dichiarazione alla dogana competente; tuttavia, salvo il caso di non osservanza delle disposizioni doganali, tale traffico non sarà soggetto a ritardi o limitazioni inutili. Questo traffico è inoltre esente da dazi, da altre tasse di transito e carichi di transito, eccezion fatta per le spese di trasporto od altri carichi corrispondenti alle spese amministrative dovute al transito e per le spese dei servizi resi.

3. Le merci di qualsiasi specie originarie di una Parte contraente che saranno importate nel territorio dell'altra Parte attraverso il territorio di terzi Paesi, come pure le merci di qualunque provenienza che saranno importate da una Parte contraente attraverso il territorio dell'altra Parte, non saranno sottoposte, alla loro importazione, a dazi o diritti diversi o più elevati di quelli che sarebbero percepiti se le merci fossero importate direttamente dal Paese di origine. Questa disposizione si applica tanto alle merci in transito diretto quanto a quelle che durante il transito siano state, sotto sorveglianza doganale, trasbordate, reimballate o depositate.

Articolo 33

1. L'espressione «società» comprende ai fini del presente Trattato tutte le persone giuridiche, società commerciali, nonchè tutte le altre società ed associazioni, anche se sprovviste di personalità giuridica, aventi la loro sede nel territorio di una delle Parti contraenti e legalmente costituite in base alle leggi di tale Parte, indipendentemente dal fatto che la loro attività persegua fini lucrativi o meno e che la responsabilità dei soci e dei membri sia o meno limitata.

2. Lo stato giuridico delle società di una delle Parti contraenti è riconosciuto nel territorio dell'altra Parte.

Articolo 34

1. Le disposizioni del presente Trattato non pregiudicano il diritto di ciascuna Parte contraente di adottare o mantenere misure:

a) necessarie in adempimento degli obblighi assunti dalla Parte contraente per il mantenimento ed il ripristino della pace e della sicurezza internazio-

Sicherheit zu erfüllen, oder die zum Schutz seiner wesentlichen inneren oder äußeren Sicherheitsinteressen einschließlich der Aufrechterhaltung der Neutralität unerläßlich sind;

b) die die Erzeugung und den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial und deren Beförderung sowie den Handel mit sonstigen Gütern betreffen, die unmittelbar oder mittelbar zur Versorgung von Streitkräften bestimmt sind;

c) die spaltbare Stoffe oder Stoffe, die zu deren Herstellung dienen, sowie die bei der Verwendung oder Verarbeitung dieser Stoffe anfallenden radioaktiven Nebenprodukte betreffen;

d) die zu gesundheitspolizeilichen Zwecken und zum Schutz von Tieren und Pflanzen gegen Krankheiten, Insekten und schädliche Parasiten und vor allem im Interesse der Volksgesundheit in Übereinstimmung mit den diesbezüglichen internationalen Grundsätzen und Vereinbarungen notwendig sind;

e) die die Ausübung der jeweils bestehenden Staatsmonopole betreffen;

f) die die Anwendung von Verboten oder Beschränkungen betreffen, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften für die Erzeugung, den Verkauf, die Beförderung, den Verbrauch gleichartiger einheimischer Waren im Inland angeordnet sind, auf ausländische Waren unter der Voraussetzung, daß diese Verbote oder Beschränkungen nicht zum Zwecke des Schutzes der inländischen Erzeugung angewendet werden;

g) die die Einfuhr und Ausfuhr von Gold, Silber, Platin und ihren Legierungen regeln;

h) die notwendig sind, um betrügerische und unlautere Praktiken auf dem Gebiet des Handels zu unterbinden;

i) die zum Schutz des nationalen Kulturgutes von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert notwendig sind;

k) die Vergünstigungen für die Erzeugnisse der eigenen Fischerei und Jagd auf See vorsehen.

2. Die beiden Vertragsstaaten werden die nach Absatz 1 zulässigen Maßnahmen in der Weise anwenden, daß sie in ihren gegenseitigen Beziehungen keine willkürliche oder ungerechtfertigte Diskriminierung im Verhältnis zu derjenigen Behandlung darstellen, die sie irgendeinem anderen Land gewähren, bei dem die gleichen Verhältnisse vorliegen. Die vorstehenden Maßnahmen dürfen ferner keine verschleierte Beschränkung für den gegenseitigen Handel darstellen.

3. Die beiden Vertragsstaaten werden sich bemühen, die nach Absatz 1 zulässigen Maßnahmen in der Weise zu treffen, daß eine möglichst geringe Abweichung von den Bestimmungen dieses Vertrages entsteht.

Artikel 35

Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Meistbegünstigung erstrecken sich nicht:

a) auf die Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat angrenzenden Ländern zur Erleichterung des Grenzverkehrs einräumt;

b) auf die Vergünstigungen, die sich aus einer Zollunion oder Freihandelszone sowie aus einstweiligen Vereinbarungen ergeben, die die Errichtung von Zollunionen oder Freihandelszonen zum Ziel haben;

c) auf die Vergünstigungen, die einer der Vertragsstaaten Gebieten einräumt, die ihm zur treuhänderischen Verwaltung übertragen sind;

nali, o che sono indispensabili per la protezione dei suoi essenziali interessi di sicurezza interna od esterna, ivi compreso il mantenimento della neutralità;

b) relative alla produzione e al traffico di armi, munizioni e materiale da guerra e al loro trasporto, e al commercio di altre merci destinate direttamente o indirettamente all'approvvigionamento delle forze armate;

c) relative a materiali fissili o alle materie che servono alla loro fabbricazione, nonchè ai sottoprodotti radioattivi risultanti dall'impiego o dalla lavorazione dei predetti materiali;

d) necessarie per la polizia sanitaria e la protezione degli animali e delle piante contro le malattie, gli insetti ed i parassiti nocivi, e sopratutto nell'interesse della salute pubblica, conformemente ai principi ed alle intese internazionali in materia;

e) relative all'esercizio dei monopoli di Stato attualmente in vigore o che potranno essere stabiliti in avvenire;

f) per l'applicazione alle merci straniere di proibizioni o restrizioni stabilite dalla legislazione interna per la produzione, la vendita, il trasporto o il consumo, all'interno, delle merci similari nazionali, alla condizione che dette proibizioni o restrizioni non siano applicate in modo da proteggere la produzione nazionale;

g) che disciplinino l'importazione e l'esportazione dell'oro, dell'argento, del platino, e delle loro leghe;

h) necessarie ad impedire le pratiche ingannevoli e sleali in materia commerciale;

i) necessarie per la difesa del patrimonio nazionale artistico, storico o archeologico;

k) che prevedano vantaggi per i prodotti della pesca e della caccia marina nazionali.

2. Le due Parti contraenti applicheranno le misure previste al paragrafo 1 in modo tale che esse non costituiscano un mezzo di discriminazione arbitraria o ingiustificata nei loro reciproci rapporti rispetto a quanto praticato nei confronti di qualsiasi altro Paese che si trovi nelle stesse condizioni. Le predette misure non potranno altresì costituire una restrizione camuffata al reciproco commercio.

3. Nell'adozione delle misure previste al paragrafo 1 le due Parti contraenti si sforzeranno di fare in modo che, per quanto possibile, ne derivi la minore deviazione dalle disposizioni del presente Trattato.

Articolo 35

Le disposizioni del presente Trattato, che prevedono il trattamento della nazione più favorita, non si estendono:

a) ai vantaggi che ciascuna Parte contraente accordi a Paesi limitrofi, allo scopo di facilitare i rapporti di frontiera;

b) ai vantaggi derivanti da una unione doganale o da una zona di libero scambio ovvero da accordi provvisori tendenti alla costituzione di unioni doganali o di zone di libero scambio;

c) ai vantaggi che una delle due Parti contraenti accordi a dei territori conferiti a detta Parte in amministrazione fiduciaria;

d) auf die Vergünstigungen, die Italien dem Vereinigten Königreich Libyen, der Republik San Marino und dem Vatikan-Staat gewährt;

e) auf die Vorrechte und Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat auf Grund seiner Beteiligung an einer Gemeinschaft gewährt, die zwischen mehreren Ländern zu gemeinsamen Regelungen auf dem Gebiet der Produktion, des Handels und der Dienstleistungen oder zur Gewährleistung der Sicherheit dieser Länder errichtet wird;

f) auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat dritten Staaten auf Grund von Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung gewährt;

g) auf Vergünstigungen, die einer oder beide Vertragsstaaten einem oder mehreren dritten Ländern auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt gewähren.

d) ai vantaggi che l'Italia accordi al Regno Unito di Libia, alla Repubblica di San Marino e allo Stato Città del Vaticano;

e) ai privilegi e vantaggi che una delle Parti contraenti accordi in ragione della sua partecipazione ad una comunità istituita tra più Paesi per organizzare in comune uno o più settori della produzione, del commercio o di servizi, ovvero per garantire la loro sicurezza;

f) ai vantaggi che ciascuna Parte contraente accordi a terzi Stati, in sede di convenzioni dirette ad evitare le doppie imposizioni;

g) ai vantaggi che una o entrambe le Parti contraenti concedano ad uno o più Paesi terzi nel campo dell'aviazione civile.

Artikel 36

Jeder Vertragsstaat gewährt die Inländerbehandlung im Rahmen dieses Vertrages auf Grund der Tatsache, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von dem anderen Vertragsstaat eingeräumt wird.

Articolo 36

Ciascuna Parte contraente accorda, nell'ambito del presente Trattato, il trattamento nazionale, in base al fatto che il trattamento nazionale è accordato anche dall'altra parte nelle stesse materie.

Artikel 37

1. Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 16 haben die Bestimmungen der mehrseitigen Abkommen, denen beide Vertragsstaaten angehören, vor den Bestimmungen dieses Vertrages den Vorrang, es sei denn, daß dieser Vertrag eine günstigere Behandlung vorsieht.

2. Wenn die Bestimmungen dieses Vertrages und die Bestimmungen der Gründungs- und Durchführungsvorschriften von Gemeinschaften, denen beide Vertragsstaaten angehören und die zwischen mehreren Staaten begründet sind, um ihre wirtschaftliche Entwicklung gemeinsam zu fördern, das gleiche Gebiet regeln, gehen die in diesen Vorschriften enthaltenen günstigeren Bestimmungen vor.

3. Sollte eines der mehrseitigen Abkommen, auf die in den Artikeln 15 und 16 verwiesen ist, für einen oder beide Vertragsstaaten keine Geltung mehr haben, so werden diese Konsultationen aufnehmen, um festzustellen, welche Bestimmungen der genannten Abkommen auf zweiseitiger Grundlage weiterhin angewendet werden können.

Articolo 37

1. Salvo quanto stabilito dall'articolo 16, le disposizioni degli Accordi multilaterali ai quali le Parti contraenti aderiscano prevarranno sulle disposizioni del presente Trattato, sempreché quest'ultimo non preveda un trattamento più favorevole.

2. Qualora le disposizioni del presente Trattato e quelle contenute negli atti istitutivi ed applicativi di Comunità alle quali le due Parti contraenti aderiscano, istituite fra più Stati per promuovere in comune il loro sviluppo economico, regolino la stessa materia, prevalgono le norme più favorevoli contenute in tali atti.

3. Qualora uno degli Accordi multilaterali cui si fa riferimento negli articoli 15 e 16 cessasse di avere vigore nei riguardi di una o di entrambe le Parti contraenti, queste entreranno in consultazione per stabilire quali disposizioni previste dagli Accordi medesimi possano continuare ad avere applicazione in via bilaterale.

Artikel 38

In allen Fällen, in denen dieser Vertrag gleichzeitig Inländerbehandlung und Meistbegünstigung gewährt, findet die günstigere Behandlung Anwendung.

Articolo 38

In tutti i casi in cui il presente Trattato accorda simultaneamente il trattamento nazionale e quello della nazione più favorita si applica il trattamento più favorevole.

Artikel 39

1. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Vertrages verpflichten sich die Vertragsstaaten, zur Herbeiführung einer Lösung in freundschaftlichem Geist Konsultationen aufzunehmen.

2. Kann eine Lösung nicht erzielt werden, so wird die Meinungsverschiedenheit,

   a) wenn beide Vertragsstaaten damit einverstanden sind, dem Internationalen Gerichtshof,

   b) anderenfalls auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht unterbreitet.

3. a) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet und besteht aus drei Schiedsrichtern. Jeder Vertragsstaat bestellt einen Schiedsrichter; die beiden so bestellten Schiedsrichter bestellen einen Obmann, der Angehöriger eines dritten Landes sein muß.

Articolo 39

1. Qualora sorga tra le due Parti contraenti una divergenza relativa all'interpretazione o all'applicazione del presente Trattato, esse si impegnano a consultarsi con spirito amichevole allo scopo di trovare una soluzione.

2. In caso di mancata soluzione, la divergenza sarà sottoposta:

   a) se le due Parti contraenti concordano, alla Corte Internazionale di Giustizia;

   b) nel caso contrario, e su domanda di una Parte contraente, ad un tribunale arbitrale.

3. a) Il tribunale arbitrale viene costituito di volta in volta e si compone di tre arbitri. Ciascuna Parte contraente nomina un arbitro; i due arbitri così designati nominano un Presidente che deve essere cittadino di un terzo Stato.

b) Jeder Vertragsstaat hat seinen Schiedsrichter binnen zwei Monaten nach einem dahingehenden Antrag des anderen Vertragsstaates zu benennen; kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, so wird der Schiedsrichter auf Antrag des anderen Vertragsstaates vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bestellt.

c) Können sich die Schiedsrichter innerhalb eines Monats nach ihrer Bestellung über den Obmann des Schiedsgerichts nicht einigen, so wird dieser auf Antrag eines der beiden Vertragsstaaten durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bestellt.

d) Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofes verhindert, dem Antrag gemäß Unterabsatz b) und c) dieses Absatzes zu entsprechen, oder ist er Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten, so wird die Bestellung vom Vizepräsidenten vorgenommen. Ist auch der Vizepräsident verhindert oder ist er Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten, so erfolgt die Bestellung durch das rangälteste Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ist.

e) Das Schiedsgericht regelt, soweit die Vertragsstaaten nichts anderes vereinbaren, seine Verfahrensordnung selbst.

f) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsstaaten bindend und von ihnen auszuführen.

b) Ciascuna Parte contraente deve nominare il suo arbitro entro il termine di due mesi dopo la presentazione di una relativa domanda da parte dell'altra Parte contraente; se non adempie questo obbligo, l'arbitro verrà nominato, su domanda dell'altra Parte contraente, dal Presidente della Corte Internazionale di Giustizia.

c) Qualora gli arbitri non si mettessero d'accordo, entro un mese dalla loro nomina, sulla scelta del Presidente del tribunale arbitrale, questo verrà nominato, su domanda di una Parte contraente, dal Presidente della Corte Internazionale di Giustizia.

d) Se il Presidente della Corte Internazionale di Giustizia è impedito a provvedere sulle domande di cui ai commi b) e c) del presente paragrafo o se è cittadino di una delle due Parti contraenti, la nomina sarà effettuata dal Vicepresidente della Corte. Se anche il Vicepresidente della Corte è impedito a provvedere o se è cittadino di una delle due Parti contraenti, la nomina sarà effettuata dal membro più anziano della Corte che non sia cittadino di una delle due Parti contraenti.

e) Salvo diversa concorde decisione delle due Parti contraenti, il tribunale arbitrale stabilisce il proprio regolamento di procedura.

f) Il tribunale arbitrale delibera a maggioranza di voti. Le sue decisioni sono vincolanti per le due Parti contraenti, le quali vi debbono dare esecuzione.

Artikel 40

1. Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

2. Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt für einen Zeitraum von zehn Jahren in Kraft und verlängert sich auf unbestimmte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einem der beiden Vertragsstaaten schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

Articolo 40

1. Il presente Trattato sarà ratificato e lo scambio degli strumenti di ratifica avrà luogo a Bonn al più presto possibile.

2. Il presente Trattato entrerà in vigore un mese dopo lo scambio degli strumenti di ratifica. Rimarrà in vigore per un periodo di dieci anni e, nel caso che una delle due Parti contraenti non l'abbia denunciato per iscritto un anno prima della data della sua scadenza, esso sarà prorogato a tempo indeterminato. Trascorso detto periodo di dieci anni il Trattato potrà essere denunciato in qualsiasi momento, restando tuttavia in vigore durante un anno a datare dalla sua denuncia.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Rom am 21. November 1957 in doppelter Urschrift in deutscher und italienischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
von Brentano

Für die Italienische Republik
gezeichnet:
Pella

IN FEDE DI CHE i rispettivi Plenipotenziari hanno firmato il presente Trattato e vi hanno apposto i loro sigilli.

FATTO a Roma, il 21 novembre 1957, in doppio originale nelle lingue italiana e tedesca, entrambi i testi facendo ugualmente fede.

Per la Repubblica Italiana
firmato:
Pella

Per la Repubblica Federale di Germania
firmato:
von Brentano

Protokoll

BEI DER UNTERZEICHNUNG des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als wesentlicher Bestandteil des Vertrages betrachtet werden sollen:

1. Der Ausdruck „Volksgesundheit" in Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 3 Absatz 3 umfaßt den Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen.

2. Personen, die die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten besitzen und ihren dauernden Aufenthalt sowie ihre Lebensgrundlage im Gebiet eines der Vertragsstaaten haben, dürfen nur von diesem Vertragsstaat zur Erfüllung einer gesetzlichen Wehrdienstpflicht herangezogen werden (zu Artikel 5 Absatz 1).

3. Unter „Naturkatastrophen oder ähnliche Katastrophen" in Artikel 5 Absatz 4 fallen nicht Krieg und kriegsähnliche Zustände.

4. Schiffe und Luftfahrzeuge unter der Flagge des einen Vertragsstaates dürfen im Gebiet des anderen Vertragsstaates keinen Maßnahmen nach Artikel 5 Absatz 3 und Artikel 6 Absatz 4 unterworfen werden.

5. Die Bestimmungen des Artikels 6 Absätze 4 und 5 gelten auch für die Überführung eines Privatunternehmens in öffentliches Eigentum, seine Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand.

6. Die Vertragsstaaten sind sich darüber einig, daß es im Interesse ihrer Wirtschaftsbeziehungen erwünscht ist, daß Staatsangehörige des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates wie Inländer bei Schiedsverfahren, bei denen die Wahl der Schiedsrichter ausschließlich den Beteiligten überlassen ist, schiedsrichterliche Aufgaben erfüllen können. Dementsprechend werden sie ihr möglichstes tun, um eine solche Regelung sicherzustellen (zu Artikel 7).

7. Die Gewährung der Inländerbehandlung in Artikel 7 umfaßt nicht die Bewilligung des Armenrechts und die Befreiung vom Erfordernis der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten, da in dieser Hinsicht weiterhin das Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905 gilt.

8. Die Bestimmung des Artikels 8 Absatz 4 Satz 2 findet auf folgende Berufe oder Tätigkeiten Anwendung:

a) Volks- und Betriebswirte mit abgeschlossener Hochschulausbildung in wirtschaftsprüfenden und wirtschaftsberatenden Berufen oder Tätigkeiten,

b) Ingenieure mit abgeschlossener Hochschulausbildung,

c) Architekten mit abgeschlossener Hochschulausbildung,

d) Chemiker mit abgeschlossener Hochschulausbildung,

e) Versicherungsmathematiker mit abgeschlossener Hochschulausbildung,

f) Land- und Forstwirte mit abgeschlossener Hochschulausbildung,

g) Ingenieure für Bau- und Vermessungswesen mit abgeschlossener Fachschulausbildung,

h) Ingenieure — soweit nicht schon unter Buchstabe g) genannt — sowie Chemiker mit abgeschlossener Fachschulausbildung,

Protocollo

ALL'ATTO DELLA FIRMA del Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione tra la Repubblica Italiana e la Repubblica Federale di Germania, i sottoscritti Plenipotenziari hanno inoltre concordato le seguenti disposizioni che saranno considerate come parte integrante del Trattato predetto:

1. L'espressione «sanità pubblica» di cui all'articolo 2 paragrafo 1 e all'articolo 3 paragrafo 3 comprendre la protezione della vita e della salute delle persone, degli animali e delle piante.

2. Le persone che sono cittadini di entrambe le Parti contraenti e che abbiano la loro residenza permanente nonchè la base della loro esistenza nel territorio di una delle due Parti contraenti, possono essere chiamate solo da questa ultima Parte ad adempiere un qualsiasi obbligo legale di servizio militare (ad articolo 5 paragrafo 1).

3. Nell'espressione «catastrofi naturali e simili» di cui all'articolo 5 paragrafo 4 non sono comprese le guerre e le situazioni simili alle guerre.

4. Le navi e gli aeromobili battenti la bandiera di una delle due Parti contraenti non possono essere sottoposti, nel territorio dell'altra Parte, ai provvedimenti di cui all'articolo 5 paragrafo 3 ed all'articolo 6 paragrafo 4.

5. Le disposizioni dell'articolo 6 paragrafo 4 e 5 si applicano anche nel caso in cui una impresa privata diventi di proprietà pubblica o venga sottoposta al controllo pubblico o ad interventi simili da parte dei pubblici poteri.

6. Le due Parti contraenti concordano nel ritenere desiderabile, nell'interesse dei loro rapporti economici, che i cittadini d'una Parte contraente possano assumere funzioni arbitrali nel territorio dell'altra Parte allo stesso modo dei nazionali, nel caso di procedimenti arbitrali per i quali la scelta degli arbitri è rimessa esclusivamente alle parti interessate. In relazione a ciò le due Parte contraenti faranno quanto possibile per assicurare una siffatta regolamentazione (ad articolo 7).

7. Il trattamento nazionale di cui all'articolo 7 non si estende alla concessione del gratuito patrocinio e alla esenzione dalla cautio iudicatum solvi, poichè a questo riguardo continua ad applicarsi la Convenzione internazionale sulla Procedura Civile conclusa all'Aja il 17 luglio 1905.

8. La disposizione di cui al secondo periodo dell'articolo 8 paragrafo 4 vale per le seguenti professioni od attività:

a) commercialisti;

b) ingegneri;

c) architetti;

d) chimici (esclusi i farmacisti);

e) attuari;

f) agronomi;

g) geometri;

h) periti industriali;

i) Land- und Forstwirte mit abgeschlossener Fachschulausbildung.

9. Die Bestimmung des Artikels 8 Absatz 7 findet auf die Beschäftigung von Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates als Arbeitnehmer im Gebiet des anderen Vertragsstaates keine Anwendung.

10. Artikel 12 hindert keinen Vertragsstaat daran, als Voraussetzung für die Eintragung in das nationale Register vorzuschreiben, daß Schiffe und Luftfahrzeuge nicht im Eigentum von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines ausländischen Staates stehen dürfen.

11. Die im Artikel 14 vereinbarte Inländerbehandlung steht der etwaigen Erhebung von Aufenthaltssteuern nicht entgegen. Ebenso bleiben die in beiden Vertragsstaaten geltenden Vorschriften über die Anwendung der Gesellschaftssteuer auf ausländische Gesellschaften unberührt.

12. Jeder Vertragsstaat ist berechtigt, die Kapitaleinfuhr von einer Genehmigung abhängig zu machen (zu Artikel 15).

13. a) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, von dem anderen Vertragsstaat nicht zu verlangen, daß er die Bestimmungen des Artikels 22 in anderer oder in einer ihn mehr belastenden Weise anwendet als die entsprechenden Bestimmungen der mehrseitigen Abkommen, denen beide Vertragsstaaten angehören. Unberührt bleiben jedoch weitergehende Vorteile, die sich aus der Meistbegünstigung ergeben.

b) Sollten die mehrseitigen Abkommen, auf die im Absatz a) verwiesen wird, für einen oder beide Vertragsstaaten außer Kraft treten, so werden die Vertragsstaaten so bald wie möglich Konsultationen aufnehmen, um die Bedingungen festzustellen, zu denen die Bestimmungen des Artikels 22 weiterhin angewendet werden können. Solange diese Bedingungen nicht vereinbart sind, kann jeder Vertragsstaat diese Bestimmungen mit den in den eigenen Rechtsvorschriften vorgesehenen Einschränkungen anwenden. In jedem Fall bleiben die etwa weitergehenden Vorteile, die sich aus der Meistbegünstigung ergeben, unberührt.

14. Die Bestimmungen des Artikels 25 Absatz 2 gelten nicht für die Post- und Fernmeldeverwaltungen beider Vertragsstaaten.

15. Die Bestimmungen des Artikels 32 Absatz 1 lassen die Vorschriften beider Vertragsstaaten über den Kraftfahrzeug- und den Luftverkehr unberührt.

16. Beim Durchfuhrverkehr stehen die Bestimmungen des Artikels 32 Absatz 2 der Erhebung von Steuern oder anderen Abgaben nicht entgegen, die für die Beförderung oder für den Verkehr mit Beförderungsmitteln zu entrichten sind, sofern sie in Übereinstimmung mit der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung erhoben werden.

17. Natürliche Personen können den Beweis, daß sie Staatsangehörige im Sinne dieses Vertrages sind, führen,

a) wenn es sich um Deutsche handelt:

Durch Vorlage eines nationalen Reisepasses, einer von den Behörden der Bundesrepublik Deutschland ausgestellten Bescheinigung darüber, daß der Inhaber deutscher Staatsangehöriger oder Deutscher ist, oder eines von den Behörden der Bundesrepublik Deutschland ausgestellten Seefahrtbuches, vorausgesetzt, daß es die Eintragung enthält, daß der Inhaber Deutscher ist;

i) periti forestali ed agrari.

9. La disposizione di cui all'articolo 8 paragrafo 7 non si applica nei confronti dei prestatori d'opera di una delle due Parti contraenti occupati nel territorio dell'altra Parte.

10. Le disposizioni di cui all'articolo 12 non impediscono ad uno Stato contraente di prescrivere come condizione, per l'immatricolazione nel registro nazionale, che le navi o gli aeromobili non debbano essere di proprietà di cittadini o società di uno Stato straniero.

11. Il trattamento nazionale stabilito dall'articolo 14 non fa ostacolo alla eventuale percezione di tasse di soggiorno. Sono fatte altresì salve le norme vigenti nei due Paesi per quel che concerne l'applicazione alle società estere dell'imposta sulle società.

12. Ciascuna Parte contraente può far dipendere la importazione di capitali da una autorizzazione (ad articolo 15).

13. a) Ciascuna Parte contraente si impegna a non invocare dall'altra Parte l'applicazione delle disposizioni dell'articolo 22 in misura diversa o più onerosa di quella in cui detta altra Parte applichi disposizioni analoghe previste in Accordi multilaterali ai quali entrambe le Parti contraenti aderiscano. Sono fatti tuttavia salvi gli eventuali maggiori vantaggi derivanti dal trattamento della nazione più favorita.

b) Qualora gli Accordi multilaterali di cui alla lettera a) cessassero di avere vigore nei riguardi di una o di entrambe le Parti contraenti, queste si consulteranno al più presto possibile al fine di stabilire a quali condizioni le disposizioni dell'articolo 22 potranno continuare ad avere applicazione. Fino a quando tali condizioni non saranno state convenute, ciascuna Parte contraente potrà applicare le dette disposizioni con le limitazioni previste dalla propria legislazione. Restano salvi in ogni caso gli eventuali maggiori vantaggi derivanti dal trattamento della nazione più favorita.

14. La disposizione dell'articolo 25 paragrafo 2 non si applica alle Amministrazioni delle Poste e delle Telecomunicazioni delle due Parti contraenti.

15. Le disposizioni dell'articolo 32 paragrafo 1 non pregiudicano le norme esistenti nei due Paesi in materia di disciplina degli autotrasporti e del traffico aereo.

16. Le disposizioni dell'articolo 32 paragrafo 2 non faranno ostacolo alla percezione sul traffico di transito di tasse o altri tributi dovuti per il trasporto o la circolazione dei mezzi di trasporto, sempreché tali tasse e tributi siano percepiti conformemente al trattamento nazionale e della nazione più favorita.

17. Le persone fisiche possono comprovare la loro cittadinanza ai sensi del presente Trattato:

a) se si tratta di Italiani:

mediante presentazione di un passaporto nazionale o di un certificato di cittadinanza rilasciato dalle Autorità della Repubblica Italiana, o di un libretto di navigazione rilasciato dalle Autorità della Repubblica Italiana a condizione che vi figuri la menzione che il titolare è cittadino italiano.

b) wenn es sich um Italiener handelt:

durch Vorlage eines nationalen Reisepasses, einer von den Behörden der Italienischen Republik ausgestellten Staatsangekörigkeitsbescheinigung oder eines von den Behörden der Italienischen Republik ausgestellten Seefahrtbuches, vorausgesetzt, daß es die Eintragung enthält, daß der Inhaber italienischer Staatsangehöriger ist.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Rom am 21. November 1957 in doppelter Urschrift in deutscher und italienischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
von Brentano

Für die
Italienische Republik
gezeichnet:
Pella

b) se si tratta di Tedeschi:

mediante presentazione di un passaporto nazionale o di un certificato rilasciato dalle Autorità della Repubblica Federale di Germania, attestante che il titolare è cittadino tedesco o Tedesco, o mediante un libretto di navigazione rilasciato dalle Autorità della Repubblica Federale di Germania, a condizione che vi figuri la menzione che il titolare è Tedesco;

IN FEDE DI CHE i rispettivi Plenipotenziari hanno firmato il presente Protocollo e vi hanno apposto i loro sigilli.

FATTO a Roma, il 21 novembre 1957, in doppio originale nelle lingue italiana e tedesca, i due testi facendo ugualmente fede.

Per la Repubblica Italiana
firmato:
Pella

Per la Repubblica Federale di Germania
firmato:
von Brentano

Protokoll zur Berichtigung einer textlichen Unstimmigkeit in dem zu Rom am 21. November 1957 unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik *)

Im Hinblick auf die Tatsache, daß in dem italienischen Wortlaut des zu Rom am 21. November 1957 unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik eine textliche Unstimmigkeit enthalten ist, kommen die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik wie folgt überein:

In Artikel 20 Buchstabe e des italienischen Wortlauts wird das Wort „esportazioni" in „esposizioni" berichtigt. Die vorstehende Berichtigung gilt als in dem Vertragstext im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages vorgenommen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu Rom am 24. März 1958 in zwei Urschriften, jede in deutscher und italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Klaiber

Für die Regierung
der Italienischen Republik
Pella

Protocollo di errata corrige relativo al testo del Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione fra la Repubblica Italiana e la Repubblica Federale di Germania, firmato a Roma il 21 novembre 1957

Dato che nel testo italiano del Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione fra la Repubblica Italiana e la Repubblica Federale di Germania, firmato a Roma il 21 novembre 1957, è stato riscontrato un errore di stampa, i Governi della Repubblica Italiana e della Repubblica Federale di Germania convengono quanto segue:

All'art. 20, lettera e), del testo italiano si rettifica la parola „esportazioni" in „esposizioni". L'anzidetta rettifica è da considerarsi apportata al testo del Trattato alla data della firma del Trattato stesso.

IN FEDE DI CHE i sottoscritti Plenipotenziari hanno firmato il presente Protocollo.

FATTO a Roma, il 24 marzo 1958, in doppio originale, ognuno nelle lingue italiana e tedesca, i due testi facenti ugualmente fede.

Per il Governo
della Repubblica Italiana
Pella

Per il Governo
della Repubblica Federale di Germania
Klaiber

*) Die in diesem Protokoll enthaltene Berichtigung ist in dem vorstehenden Text des Vertrages eingearbeitet.

Notenwechsel

1

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Rom, den 21. November 1957

Exzellenz!

Ich beehre mich, auf den heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik Bezug zu nehmen und folgende weitere Vereinbarungen festzustellen:

Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, die zum Abschluß des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten sowie der Zusatzverträge in der Fassung des in Paris am 23. Oktober 1954 unterzeichneten Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland und zu Vergünstigungen für Staatsangehörige und Gesellschaften anderer Länder in der Soforthilfe- und Lastenausgleichsgesetzgebung sowie zu besonderen zwischenstaatlichen Abkommen auf dem Gebiet des Lastenausgleichs geführt haben, berühren die Bestimmungen des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages nicht die tatsächliche und rechtliche Stellung der italienischen Staatsangehörigen, Gesellschaften und Güter hinsichtlich der vorgenannten Vereinbarungen und der Anwendung der entsprechenden deutschen Gesetzgebung.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Italienischen Republik werden jedoch Verhandlungen aufnehmen und sich um die Lösung derjenigen Fragen bemühen, die im Zusammenhang mit den im vorstehenden Absatz genannten Vereinbarungen und Vergünstigungen für die Beziehungen beider Vertragsstaaten zueinander von Interesse sind.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Inhalt der vorstehenden Vereinbarungen, welche einen Bestandteil des heute abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages bilden, bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

von Brentano

Seiner Exzellenz

dem Minister des Auswärtigen
der Italienischen Republik,
Herrn Professor Giuseppe Pella

Rom

Il Ministro
degli Affari Esteri

Roma, 21 novembre 1957

Eccellenza,

ho l'onore di accusare ricevuta della Sua nota in data odierna che ha il seguente tenore:

« Riferendomi al Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione tra la Repubblica Federale di Germania e la Repubblica Italiana, firmato oggi, ho l'onore di constatare la seguente ulteriore intesa:

Date le particolari circostanze che hanno condotto alla conclusione del Trattato per regolare i rapporti tra la Repubblica Federale di Germania e le Tre Potenze nonchè degli Accordi aggiuntivi nel testo risultante dal Protocollo relativo alla cessazione del regime di occupazione della Repubblica Federale di Germania, firmato a Parigi il 23 ottobre 1954, e date le circostanze che hanno dato luogo a facilitazioni in favore di cittadini e di società di altri paesi per quanto riguarda le leggi in materia di aiuto immediato e di perequazione degli oneri e che hanno condotto alla conclusione di particolari accordi interstatali in materia di perequazione degli oneri, le disposizioni del presente Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione non pregiudicano la situazione giuridica e la situazione di fatto esistenti per i cittadini, le società e i beni italiani nei confronti dei detti Accordi come pure della applicazione della relativa legislazione germanica.

Tuttavia, il Governo della Repubblica Federale di Germania ed il Governo della Repubblica Italiana procederanno a trattative e si sforzeranno di risolvere quelle questioni, le quali, agli effetti degli Accordi e delle facilitazioni di cui al capoverso precedente, sono di interesse per i rapporti tra le due Parti contraenti.

Le sarei grato se volesse confermare il contenuto dell'intesa di cui sopra che forma parte integrante del Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione concluso oggi. »

Ho l'onore di confermare a Vostra Eccellenza il contenuto dell'intesa di cui sopra che forma parte integrante del Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione concluso oggi.

Gradisca, Eccellenza, l'espressione della mia più alta considerazione.

Pella

S. E. Dr. Heinrich von Brentano

Ministro per gli Affari Esteri
della Repubblica Federale di Germania

Roma

(Übersetzung)

Der Minister
für Auswärtige
Angelegenheiten

Rom, den 21. November 1957

Exzellenz,

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihrer Note vom heutigen Tage zu bestätigen, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, auf den heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik Bezug zu nehmen und folgende weitere Vereinbarungen festzustellen:

Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, die zum Abschluß des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten sowie der Zusatzverträge in der Fassung des in Paris am 23. Oktober 1954 unterzeichneten Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland und zu Vergünstigungen für Staatsangehörige und Gesellschaften anderer Länder in der Soforthilfe- und Lastenausgleichsgesetzgebung sowie zu besonderen zwischenstaatlichen Abkommen auf dem Gebiet des Lastenausgleichs geführt haben, berühren die Bestimmungen des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages nicht die tatsächliche und rechtliche Stellung der italienischen Staatsangehörigen, Gesellschaften und Güter hinsichtlich der vorgenannten Vereinbarungen und der Anwendung der entsprechenden deutschen Gesetzgebung.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Italienischen Republik werden jedoch Verhandlungen aufnehmen und sich um die Lösung derjenigen Fragen bemühen, die im Zusammenhang mit den im vorstehenden Absatz genannten Vereinbarungen und Vergünstigungen für die Beziehungen beider Vertragsstaaten zueinander von Interesse sind.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Inhalt der vorstehenden Vereinbarungen, welche einen Bestandteil des heute abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages bilden, bestätigen würden."

Ich beehre mich, Euerer Exzellenz den Inhalt der vorstehenden Vereinbarungen zu bestätigen, welche einen Bestandteil des heute abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages bilden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Pella

S. E.
dem Minister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland

Herrn Dr. Heinrich von Brentano

Rom

2

Der Bundesminister des Auswärtigen

Rom, den 21. November 1957

Exzellenz!

Ich beehre mich, Ihnen unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in Übereinstimmung mit dem Senat von Berlin den Wunsch, das Land Berlin in den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik einzubeziehen, und schlägt daher der Regierung der Italienischen Republik den Abschluß folgender Vereinbarung vor:

> „Der Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Italienischen Regierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt."

Falls die Italienische Regierung mit dem Vorstehenden einverstanden ist, darf ich vorschlagen, daß diese Note und Ihre Antwort die förmliche Bestätigung der zwischen unseren beiden Regierungen getroffenen Vereinbarung darstellt, die einen wesentlichen Bestandteil des heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages bildet.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

von Brentano

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
der Italienischen Republik,

Herrn Professor Giuseppe Pella

Rom

Il Ministro degli Affari Esteri

Roma, 21 novembre 1957

Eccellenza,

ho l'onore di accusare ricevuta della Sua nota in data odierna che ha il seguente tenore:

"Con riferimento al Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione firmato oggi tra la Repubblica Federale di Germania e la Repubblica Italiana, ho l'onore di comunicarLe quanto segue:

D'accordo con il Senato di Berlino, il Governo della Repubblica Federale di Germania ha il desiderio di estendere al Land Berlin il Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione tra la Repubblica Federale di Germania e la Repubblica Italiana e propone alla Repubblica Italiana la conclusione dell'accordo seguente:

"Il presente Trattato si applica anche al "Land Berlin", qualora il Governo della Repubblica Federale di Germania non faccia al riguardo una comunicazione in contrario al Governo italiano entro tre mesi dalla data di entrata in vigore del Trattato stesso."

Se il Governo italiano concorda su quanto precede, mi permetto di proporre che la presente nota e la Sua risposta rappresentino la conferma ufficiale dell'accordo tra i nostri due Governi, il quale forma parte integrante del Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione firmato oggi."

Ho l'onore di informare Vostra Eccellenza che la proposta del Governo della Repubblica Federale di Germania ha incontrato l'approvazione del Governo italiano. La Sua nota e la presente risposta costituiscono pertanto la conferma ufficiale dell'accordo fra i nostri due Governi, il quale forma parte integrante del Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione firmato oggi.

Gradisca, Eccellenza, l'espressione della mia più alta considerazione.

Pella

S. E.
Dr. Heinrich von Brentano
Ministro per gli Affari Esteri
della Repubblica Federale di Germania

Roma

(Übersetzung)

Der Minister
für Auswärtige Angelegenheiten

Rom, den 21. November 1957

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom heutigen Tage zu bestätigen, die folgenden Inhalt hat:

„Ich beehre mich, Ihnen unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in Übereinstimmung mit dem Senat von Berlin den Wunsch, das Land Berlin in den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik einzubeziehen, und schlägt daher der Italienischen Republik den Abschluß folgender Vereinbarung vor:

„Der Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Italienischen Regierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenseitige Erklärung abgibt."

Falls die Italienische Regierung mit dem Vorstehenden einverstanden ist, darf ich vorschlagen, daß diese Note und ihre Antwort die förmliche Bestätigung der zwischen unseren beiden Regierungen getroffenen Vereinbarung darstellt, die einen wesentlichen Bestandteil des heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages bildet."

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß der Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Zustimmung der Italienischen Regierung gefunden hat. Ihre Note und diese Antwort stellt infolgedessen die förmliche Bestätigung der zwischen unseren beiden Regierungen getroffenen Vereinbarung dar, die einen wesentlichen Bestandteil des heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages bildet.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Pella

S. E.
Dr. Heinrich von Brentano
Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland

Rom

3

Der Bundesminister des Auswärtigen

Rom, den 21. November 1957

Exzellenz!

Ich beehre mich, Ihnen unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß die in Kapitel II des Vertrages vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage enthaltenen besonderen Bestimmungen durch den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik nicht berührt werden. Kapitel II des Vertrages zur Regelung der Saarfrage sieht vor, daß das Saarland während einer Übergangszeit von höchstens drei Jahren seit Inkrafttreten des Vertrages nicht zum Zoll- und Währungsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gehört.

Ich würde es begrüßen, wenn Sie mir bestätigen würden, daß die Regierung der Italienischen Republik von dem Inhalt dieser Note Kenntnis genommen hat.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

von Brentano

Seiner Exzellenz
dem Minister des Auswärtigen
der Italienischen Republik,
Herrn Professor Giuseppe Pella
Rom

Il Ministro degli Affari Esteri

Roma, 21 novembre 1957

Eccellenza,

ho l'onore di accusare ricevuta della Sua nota in data odierna, che ha il seguente tenore:

"Con riferimento al Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione firmato oggi tra la Repubblica Federale di Germania e la Repubblica Italiana, ho l'onore di comunicarLe quanto segue:

Il Governo della Repubblica Federale di Germania ritiene che le disposizioni particolari contenute nel capitolo II del Trattato del 27 ottobre 1956 tra la Repubblica Federale di Germania e la Repubblica Francese per il regolamento della questione sarrese non saranno pregiudicate dal Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione tra la Repubblica Federale di Germania e la Repubblica Italiana. Il capitolo II del Trattato per il regolamento della questione sarrese stabilisce che durante un periodo transitorio di tre anni al massimo, a partire dalla data della sua entrata in vigore, la Sarre non farà parte della zona doganale e monetaria della Repubblica Federale di Germania.

Gradirei la Sua conferma che il Governo della Repubblica Italiana ha preso atto del contenuto della presente nota."

Ho l'onore di informarLa che il Governo della Repubblica Italiana ha preso atto del contenuto della Sua nota.

Gradisca, Eccellenza, l'espressione della mia più alta considerazione.

Pella

S. E.
Dr. Heinrich von Brentano
Ministro per gli Affari Esteri
della Repubblica Federale di Germania
Roma

(Übersetzung)

Der Minister
für Auswärtige Angelegenheiten

Rom, den 21. November 1957

Exzellenz!

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom heutigen Tage zu bestätigen, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, Ihnen unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß die in Kapitel II des Vertrages vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage enthaltenen besonderen Bestimmungen durch den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik nicht berührt werden. Kapitel II des Vertrages zur Regelung der Saarfrage sieht vor, daß das Saarland während einer Übergangszeit von höchstens drei Jahren seit Inkrafttreten des Vertrages nicht zum Zoll- und Währungsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gehört.

Ich würde es begrüßen, wenn Sie mir bestätigen würden, daß die Regierung der Italienischen Republik von dem Inhalt dieser Note Kenntnis genommen hat."

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Italienischen Republik von dem Inhalt Ihrer Note Kenntnis genommen hat.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Pella

S. E.
dem Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Dr. Heinrich von Brentano
Rom

Briefwechsel

1

Der Vorsitzende der Deutschen Delegation

Rom, den 21. November 1957

Herr Vorsitzender!

Bei den Verhandlungen über den heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik ist eine in den Vertrag aufzunehmende Bestimmung über verbindliche Zollauskünfte erörtert worden.

Hierzu schlug die deutsche Delegation vor, die Bestimmung wieder aufzunehmen, die auf diesem Gebiet bereits im deutsch-italienischen Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 31. Oktober 1925 enthalten ist. Nach dieser Bestimmung verpflichteten sich die beiden Vertragstaaten, die erforderlichen Vorschriften zu erlassen, damit die Exporteure der beiden Länder von den Zollbehörden des Einfuhrlandes im voraus verbindliche Auskünfte über die Tarifierung bestimmt bezeichneter Waren und über die auf diese Waren anzuwendenden Zollsätze erhalten konnten.

Die italienische Delegation hat darauf hingewiesen, daß ihre Regierung zur Zeit nicht in der Lage sei, eine derartige Verpflichtung einzugehen.

Die deutsche Delegation hat betont, daß die in ihrem Land geltende Regelung die vorerwähnte Erteilung von Auskünften bereits zuläßt und daß die Bundesregierung es begrüßen würde, wenn eine entsprechende Regelung auch italienischerseits eingeführt werden könnte, um die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern weiter zu fördern.

Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Vorsitzender, wenn Ihre Regierung sich bereit erklären könnte, die Verhandlungen über diese Angelegenheit so bald wie möglich wieder aufzunehmen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Werner von Bargen

An den Vorsitzenden
der Italienischen Delegation
Herrn Professor Riccardo Monaco
Direktor der Rechtsabteilung
des Italienischen Außenministeriums
Rom

Il Presidente
della Delegazione Italiana

Roma, 21 novembre 1957

Signor Presidente,

ho l'onore di accusare ricevuta della Sua lettera in data odierna, il cui testo è del seguente tenore:

"In occasione dei negoziati per il Trattato di Amicizia, Commercio e Navigazione tra la Repubblica Federale di Germania e la Repubblica Italiana, firmato oggi, è stata discussa una disposizione in materia di informazioni doganali impegnative, da inserirsi nel Trattato.

A tale riguardo, da parte della Delegazione germanica si è proposto il ripristino della disposizione che, in materia, figurava già nel Trattato di Commercio e Navigazione tra l'Italia e la Germania del 31 ottobre 1925. Secondo tale disposizione, le due Parti contraenti si impegnavano ad emanare le norme necessarie affinché gli esportatori dei due Paesi potessero preventivamente ottenere dalle Autorità doganali del paese di importazione informazioni impegnative sulla classifica di merci esattamente determinate e sui dazi ad esse applicabili.

La Delegazione italiana ha fatto presente che il proprio Governo non è in grado nel momento attuale di assumere un impegno di tale genere.

La Delegazione germanica ha sottolineato che la regolamentazione vigente nel suo paese consente già il predetto rilascio di informazioni e che, pertanto, il Governo federale sarebbe lieto se un regolamento analogo potesse venire adottato anche da parte italiana, al fine di promuovere ulteriormente i rapporti commerciali tra i due Paesi.

Le sarei grato, Signor Presidente, se il Suo Governo si volesse dichiarare disposto a riprendere appena possibile le trattative in merito a tale questione."

Ho l'onore di comunicarLe che il Governo italiano prende atto di quanto precede e si dichiara disposto a riesaminare la questione appena possibile.

Voglia gradire, Signor Presidente, i sensi della mia alta considerazione.

R. Monaco

Al Signor
Presidente
della Delegazione Germanica
Ministro Plenipotenziario
Dr. Werner von Bargen
Roma

(Übersetzung)

Der Vorsitzende
der Italienischen Delegation

Rom, den 21. November 1957

Herr Vorsitzender!

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das nachstehenden Wortlaut hat:

„Bei den Verhandlungen über den heute unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik ist eine in den Vertrag aufzunehmende Bestimmung über verbindliche Zollauskünfte erörtert worden.

Hierzu schlug die deutsche Delegation vor, die Bestimmung wieder aufzunehmen, die auf diesem Gebiet bereits im deutsch-italienischen Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 31. Oktober 1925 enthalten ist. Nach dieser Bestimmung verpflichteten sich die beiden Vertragstaaten, die erforderlichen Vorschriften zu erlassen, damit die Exporteure der beiden Länder von den Zollbehörden des Einfuhrlandes im voraus verbindliche Auskünfte über die Tarifierung bestimmt bezeichneter Waren und über die auf diese Waren anzuwendenden Zollsätze erhalten konnten.

Die italienische Delegation hat darauf hingewiesen, daß ihre Regierung zur Zeit nicht in der Lage sei, eine derartige Verpflichtung einzugehen.

Die deutsche Delegation hat betont, daß die in ihrem Lande geltende Regelung die vorerwähnte Erteilung von Auskünften bereits zuläßt und daß die Bundesregierung es begrüßen würde, wenn eine entsprechende Regelung auch italienischerseits eingeführt werden könnte, um die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern weiter zu fördern.

Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Vorsitzender, wenn Ihre Regierung sich bereit erklären könnte, die Verhandlungen über diese Angelegenheit so bald wie möglich wieder aufzunehmen."

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Italienische Regierung von dem Vorstehenden Kenntnis nimmt und sich bereit erklärt, die Frage so bald wie möglich erneut zu prüfen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

R. Monaco

An den
Vorsitzenden
der Deutschen Delegation
Herrn Gesandten Dr. Werner von Bargen
Rom

2

Der Vorsitzende der Deutschen Delegation

Rom, den 21. November 1957

Herr Vorsitzender!

Ich beehre mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß in der Bundesrepublik Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen die Eingangsabgaben für bereits zum freien Verkehr abgefertigte Waren unter anderem erlassen oder erstattet werden können, wenn festgestellt wird, daß sie mangelhaft sind oder sonst dem Kaufvertrag nicht entsprechen, und wenn sie mit Zustimmung des ausländischen Lieferanten an diesen zurückgesandt werden.

Diese Regelung hat wesentlich dazu beigetragen, den Warenverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern. Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn eine ähnliche Regelung auch von der Italienischen Regierung getroffen werden würde, um die Handelsbeziehungen zwischen der Italienischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland weiter zu fördern.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Werner von Bargen

An den Vorsitzenden
der Italienischen Delegation
Herrn Professor Riccardo Monaco
Direktor der Rechtsabteilung
des Italienischen Außenministeriums
Rom

Il Presidente
della Delegazione Italiana

Roma, 21 novembre 1957

Signor Presidente,

ho l'onore d'accusare ricevuta della Sua lettera in data odierna, il cui testo è del seguente tenore:

"Ho l'onore di comunicarLe che nella Repubblica Federale di Germania i diritti di entrata relativi a merci già nazionalizzate possono, fra l'altro — sotto determinate condizioni — venir condonati o rimborsati, se è accertato che dette merci sono difettose o comunque non conformi al contratto di compravendita e se sono rispedite al fornitore estero con il consenso di quest'ultimo.

Questo regolamento ha considerevolmente contribuito a facilitare lo scambio di merci con la Repubblica Federale di Germania. Il Governo federale sarebbe lieto se un regolamento similare potesse venire adottato anche dal Governo italiano al fine di promuovere ulteriormente i rapporti commerciali tra la Repubblica Italiana e la Repubblica Federale di Germania."

Ho l'onore di comunicarLe che il Governo italiano prende atto di quanto precede e che la possibilità della adozione, nella regolamentazione doganale italiana, di apposite norme nel senso indicato trovasi già all'esame delle competenti Amministrazioni italiane.

Voglia gradire, Signor Presidente, i sensi della mia alta considerazione.

R. Monaco

Al Signor Presidente
della Delegazione Germanica
Ministro Plenipotenziario
Dr. Werner von Bargen
Roma

(Übersetzung)

Der Vorsitzende
der italienischen Delegation

Rom, den 21. November 1957

Herr Vorsitzender!

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das nachstehenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß in der Bundesrepublik Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen die Eingangsabgaben für bereits zum freien Verkehr abgefertigte Waren unter anderem erlassen oder erstattet werden können, wenn festgestellt wird, daß sie mangelhaft sind oder sonst dem Kaufvertrag nicht entsprechen, und wenn sie mit Zustimmung des ausländischen Lieferanten an diesen zurückgesandt werden.

Diese Regelung hat wesentlich dazu beigetragen, den Warenverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern. Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn eine ähnliche Regelung auch von der Italienischen Regierung getroffen werden würde, um die Handelsbeziehungen zwischen der Italienischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland weiter zu fördern."

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Italienische Regierung von dem Vorstehenden Kenntnis nimmt und daß die Möglichkeit einer Aufnahme zweckdienlicher Bestimmungen im angegebenen Sinne in die italienische Zollordnung bereits bei den zuständigen italienischen Verwaltungsbehörden geprüft wird.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

R. Monaco

An den
Vorsitzenden
der Deutschen Delegation
Herrn Gesandten Dr. Werner von Bargen
Rom

Begründung

I. Allgemeine Bemerkungen

Die letzte vertragliche Regelung in bezug auf Niederlassung, berufliche Betätigung, Schutz der Person und des Eigentums, Handel und Schiffahrt zwischen Deutschland und Italien ist in dem Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 31. Oktober 1925 (Reichsgesetzbl. 1926 II S. 1021) enthalten. Dieser Vertrag ist durch den Krieg hinfällig geworden.

Angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen beiden Ländern, deren Warenaustausch — ohne unsichtbare Ein- bzw. Ausfuhren — im Jahre 1957 den Gesamtwert von rund 3,5 Mrd. DM erreichte, und angesichts der ständig steigenden Zahl von Staatsangehörigen des einen Landes, die im Gebiet des anderen Landes ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben und vielfach einem Beruf nachgehen, erschien eine feste vertragliche Regelung hinsichtlich der oben angegebenen Fragen wünschenswert.

Eine Wiederinkraftsetzung des Vertrages aus dem Jahre 1925 war nicht möglich, da dieser Vertrag der inzwischen veränderten innerstaatlichen Gesetzgebung beider Länder, der Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen und den von ihnen abgeschlossenen bilateralen und multilateralen Vereinbarungen nicht mehr entsprach.

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik kamen daher bereits im Jahre 1955 überein, eine völlige Neuregelung ihrer vertraglichen Beziehungen herbeizuführen. Nach Erstellung eines deutschen Entwurfs und eines italienischen Gegenentwurfs fanden ab Mai 1957 Verhandlungen zuerst in Rom, später in Bonn und zuletzt wieder in Rom statt. Sie führten zum Abschluß des anliegenden Vertrages sowie des beigefügten Protokolls und Notenwechsels. Bei Abschluß des Vertrages wurden ferner die üblichen, nicht zustimmungsbedürftigen Noten über die Einbeziehung des Landes Berlin und über das Verhältnis dieses Vertrages zum Saarvertrag unterzeichnet.

Der neue deutsch-italienische Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag, der für zunächst zehn Jahre in Kraft bleiben soll, hat die Aufgabe, bei größtmöglicher Freizügigkeit die Niederlassung sowie die berufliche und sonstige Betätigung der Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragstaates im Gebiet des anderen Vertragstaates zu gewährleisten, den rechtlichen Schutz der Person und des Eigentums sicherzustellen und dem beiderseitigen Handel unter weitgehender Ausschaltung einengender Bestimmungen eine dauerhafte Grundlage zu geben. Der Vertrag beruht demnach auf den Grundsätzen der gegenseitig gewährten Inländerbehandlung und der unbedingten Meistbegünstigung, wobei jedoch in bezug auf einzelne Materien die Vereinbarung von Abweichungen nicht zu umgehen war. Der Vertrag erstreckt sich zum Teil auch auf Gebiete, die bereits in multilateralen Vereinbarungen geregelt sind, oder für die die Bestimmungen über die Gründung von Gemeinschaften, z. B. der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, bereits Richtlinien aufstellen. Soweit dies zutrifft, liegt die Bedeutung des Vertrages nicht nur darin, daß er die für die betreffenden Gebiete vereinbarten Bestimmungen auf eine neue, von der multilateralen Vereinbarung unabhängige Rechtsbasis stellt, sondern in erster Linie darin, daß die bilateralen Bestimmungen vielfach größere Freizügigkeit gewähren als die multilateralen und daß vertragsgemäß die jeweils günstigeren Bestimmungen den Vorrang genießen. Der deutsch-italienische Vertrag ist somit eine Ergänzung und Vervollkommnung der multilateralen Vereinbarungen; er stellt gleichzeitig eine teilweise Vorwegnahme der vielfach erst in ihren Grundzügen festliegenden und nur schrittweise zu verwirklichenden europäischen Integration dar. Die Tatsache, daß er nach voller Durchführung des Vertrages über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in wesentlichen Teilen überholt sein wird, mindert nicht seinen Wert für die Zeit bis zur Erreichung dieses Zieles.

Der deutsch-italienische Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag ist der erste Vertrag dieser Art, den die Bundesrepublik nach dem Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika vom 29. Oktober 1954 (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 487) abgeschlossen hat. Seine politische Bedeutung wird dadurch unterstrichen, daß die Unterzeichnung anläßlich des Staatsbesuches des Bundespräsidenten in Rom vollzogen wurde.

II. Besondere Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des Vertrages

Das Vertragswerk besteht, soweit es im Sinne des Artikels 59 Abs. 2 des Grundgesetzes zustimmungsbedürftig ist, aus dem eigentlichen Vertrag mit 40 Artikeln, einem Protokoll und einem Notenwechsel, der eine Ausnahmeregelung zum Vertrag vorsieht. Eine in einem nachträglichen Protokoll erfolgte Richtigstellung einer Unstimmigkeit im italienischen Wortlaut des Vertrages ist bereits im beigefügten Abdruck des Vertrages berücksichtigt.

In den Artikeln 1 bis 14 des Vertrages sind die Rechte der natürlichen Personen und Gesellschaften sowie zahlreiche Schutzbestimmungen niedergelegt. Die Artikel 15 bis 23 regeln die Zahlungsbeziehungen und den Warenverkehr, in den Artikeln 24 bis 31 schließen sich Bestimmungen für die Schiffahrt an. Artikel 32 behandelt die Durchfuhr. Die Artikel 33 bis 40 enthalten allgemeine und Schlußbestimmungen.

Im einzelnen wird zu den Bestimmungen des Vertrages folgendes bemerkt:

Zu Artikel 1

Artikel 1 gibt die Zielsetzung des Vertrages wieder. Danach soll den natürlichen Personen und Gesellschaften, ihrem Vermögen und ihren sonstigen Belangen gerechte und billige Behandlung gewährt werden. Ferner wird vereinbart, daß zwischen den Gebieten der beiden Vertragstaaten entsprechend den Bestimmungen des Vertrages Freiheit des Handels und der Schiffahrt besteht.

Zu Artikel 2

Absatz 1 berechtigt die Staatsangehörigen des einen Vertragstaates in das Gebiet des anderen Vertragstaates einzureisen, sich dort frei zu bewegen und sich niederzulassen. Entsprechend der allgemeinen Übung behalten sich beide Vertragsteile vor, besondere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz der guten Sitten und der öffentlichen Gesundheit zu ergreifen.

Absatz 2 regelt die Ausweisung. Die Beschränkungen des Rechts zur Ausweisung aus Gründen der Sicherheit des Staates, der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit lehnen sich an die in der Europäischen Niederlassungskonvention vorgesehene Regelung an.

Absatz 3 behandelt die Rechtsmittel bei Verweigerung der Einreise oder des Aufenthalts und im Falle der Ausweisung.

Zu Artikel 3

Artikel 3 sichert den Staatsangehörigen des einen Vertragstaates im Gebiet des anderen Vertragstaates Freiheit des Gewissens, der — auch öffentlichen — Ausübung des Gottesdienstes, der Versammlung und Vereinigung, ferner das Recht der Betätigung — auch in Form von Gesellschaften — auf dem Gebiet der Religion, Wissenschaft, Wohlfahrt, des Erziehungswesens, der Kultur, der Erholung, des Sports und der Geselligkeit. Ein Recht zu politischer Betätigung wird ausdrücklich nicht zugestanden. Die Grundsätze der Pressefreiheit und des freien Nachrichtenaustausches werden anerkannt und näher erläutert. Die Vorschriften zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz der Sittlichkeit und Volksgesundheit bleiben unberührt.

Zu Artikel 4

Gemäß Artikel 4 genießen die Staatsangehörigen des einen Vertragstaates im Gebiet des anderen Vertragstaates Schutz und Sicherheit für ihre Person. Dieser Schutz darf nicht geringer sein als der der Inländer und ihre Behandlung nicht ungünstiger, als es den Grundsätzen des Völkerrechts entspricht. Der Fall der Verhaftung von Staatsangehörigen des einen Vertragstaates im Gebiet des anderen Vertragstaates ist besonders geregelt, insbesondere das Haftprüfungsverfahren und die Frage der Bestellung eines Verteidigers. Es ist sichergestellt, daß der nächste konsularische Vertreter unterrichtet wird und mit dem Verhafteten in Verbindung bleiben kann.

Zu Artikel 5

Artikel 5 stellt die Staatsangehörigen des einen Vertragstaates im Gebiet des anderen Vertragstaates vom Militärdienst frei. Die Befreiung erstreckt sich auch auf sonstige öffentlichen Dienstleistungen und ersatzweise erhobene Zwangsbeiträge. Hinsichtlich der öffentlichen Sachleistungspflichten wird den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragstaates Inländerbehandlung gewährt; dabei genießen sie die gleichen Garantien und Rechtsmittel wie Inländer, auch in bezug auf die Zahlung einer Entschädigung.

Zu Artikel 6

Gemäß Artikel 6 genießt das Eigentum der Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragstaates im Gebiet des anderen Vertragstaates Schutz und Sicherheit; diese dürfen nicht geringer sein, als sie Inländern und Angehörigen der meistbegünstigten Nation gewährt werden. Der Schutz des Eigentums erstreckt sich auf alle behördlichen Maßnahmen und Eingriffe. Diskriminierende Vorschriften in bezug auf die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen sind untersagt. Im Falle der Enteignung, die nur zum allgemeinen Wohl zulässig ist, ist eine dem Wert des Entzogenen entsprechende und verwertbare Entschädigung zu leisten. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung können in einem ordentlichen Gerichtsverfahren nachgeprüft werden.

Der in diesem Artikel zugesicherte Schutz des Eigentums soll eine sichere Rechtsgrundlage für verstärkte Investitionen im Gebiet des anderen Vertragstaates schaffen.

Zu Artikel 7

In Artikel 7 wird den Staatsangehörigen und Gesellschaften beider Vertragstaaten freier Zugang zu den Gerichten und Amtsstellen auf der Grundlage der Inländerbehandlung zugesichert. Diese Schutzbestimmung umfaßt nach der Protokollziffer 7 jedoch nicht die Bewilligung des Armenrechts und die Befreiung von der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten, da insoweit das Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905 gilt.

Zu Artikel 8

Nach Artikel 8 können natürliche Personen und Gesellschaften beider Vertragstaaten grundsätzlich jede wirtschaftliche und berufliche Tätigkeit auf der Grundlage der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung ausüben. Die Staatsangehörigen und Gesellschaften eines Vertragstaates dürfen insbesondere im Gebiet des anderen Vertragstaates Gesellschaften errichten, sich an der Errichtung von Gesellschaften beteiligen und Beteiligungen an Gesellschaften erwerben. Auch können die Staatsangehörigen des anderen Vertragstaates in der Leitung und Verwaltung solcher Gesellschaften tätig sein. Diskriminierende Maßnahmen für Unternehmen, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragstaates stehen, sind untersagt.

Ausnahmen vom Grundsatz der Inländerbehandlung — nicht hingegen auch vom Grundsatz der Meistbegünstigung — sind für die Berufe oder Tätigkeiten vorgesehen, die Ausländern nicht oder nur unter Beschränkungen zugänglich sind. Dieser Vorbehalt gilt jedoch nicht für die unter Nr. 8 des Protokolls angeführen Berufe oder Tätigkeiten.

Durch die Vorbehalte in Artikel 8 Abs. 5 Buchstabe a soll den besonderen Vorschriften des italienischen Rechts und durch Absatz 5 Buchstabe b)

der Rechtslage in der Bundesrepublik (§ 12 Gewerbeordnung, § 292 Aktiengesetz) Rechnung getragen werden.

Zu Artikel 9

Artikel 9 behandelt als Sonderbestimmung zu Artikel 8 die Aufnahme und Ausübung einer Tätigkeit als Arbeitnehmer. Diese regelt sich grundsätzlich nach den inländischen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften. Unter bestimmten in Absatz 2 näher aufgeführten Voraussetzungen ist die Arbeitsgenehmigung auf Antrag ohne zeitliche, gebietliche und berufliche Beschränkung zu erteilen. Auch bei der Erteilung einer Arbeitsgenehmigung für leitende Angestellte müssen auf Antrag die vorgenannten Beschränkungen entfallen. In beiden Fällen bleibt aber der Vorbehalt des Artikels 8 Abs. 4 bestehen. Schließlich ist bestimmt, daß die Arbeitsgenehmigung zu erteilen ist für Personen, die bei einer in Artikel 3 Abs. 1 genannten Gesellschaft unselbständig tätig sind, sowie für Lehrpersonen, wissenschaftliche Assistenten und Mitarbeiter in Universitäten und Hochschulen.

Zu Artikel 10

Artikel 10 gewährleistet den Handelsreisenden die freie Ausübung ihrer Tätigkeit im Gebiet des anderen Vertragstaates.

Zu Artikel 11

Artikel 11 bestimmt, daß die Staatsangehörigen und Gesellschaften eines Vertragstaates im Gebiet des anderen Vertragstaates die Dienste von selbständig und unselbständig Tätigen wie Inländer in Anspruch nehmen dürfen. Für interne Zwecke ihrer Unternehmen und der Unternehmen, an denen sie beteiligt sind, dürfen sie betriebswirtschaftliche und technische Sachverständige mit einem klar umrissenen und zeitlich begrenzten Auftrag beschäftigen ohne Rücksicht darauf, ob sie den im Gebiet des anderen Vertragstaates für die Ausübung dieser Berufe vorgeschriebenen Anforderungen genügen.

Zu Artikel 12

Artikel 12 gewährt den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragstaates im Gebiet des anderen Vertragstaates Inländerbehandlung in bezug auf den Abschluß von Rechtsgeschäften aller Art und sichert ihnen das Recht, bewegliches und unbewegliches Vermögen sowie Rechte und Interessen aller Art innezuhaben, zu erwerben und darüber zu verfügen.

Zu Artikel 13

In Artikel 13 verpflichten sich die Vertragstaaten, zur Förderung des Austausches und der Anwendung wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse zusammenzuarbeiten, vor allem um die Produktivität zu steigern und die Lebenshaltung zu verbessern.

Zu Artikel 14

In Artikel 14 verpflichten sich die Vertragstaaten, die Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragstaates auf dem Gebiete des Steuer- und Abgabewesens nach Maßgabe der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung zu behandeln. Nach der Protokollziffer 11 bleiben Vorschriften über die Erhebung von Aufenthaltssteuern und über die Anwendung der Gesellschaftssteuer auf ausländische Gesellschaften unberührt.

Zu Artikel 15

Gemäß Artikel 15 regeln sich die Zahlungsbeziehungen zwischen beiden Vertragstaaten nach den Rechten und Pflichten, die sich aus ihrer Mitgliedschaft bei internationalen wirtschaftlichen Organisationen und aus den multilateralen Vereinbarungen, denen sie beide angehören, so z. B. der Europäischen Zahlungsunion und dem Abkommen über den Internationalen Währungsfonds, ergeben. Beide Vertragstaaten erklären, daß sie die in diesem Rahmen zulässigen Beschränkungen in liberaler Weise anwenden und bemüht sein werden, sie so weit als möglich abzubauen. In diesem Bestreben verpflichten sich beide Vertragstaaten, angemessene Möglichkeiten für den Transfer des investierten Kapitals und seiner Erträgnisse und für den Transfer von nach Inkrafttreten des Vertrages zu zahlenden Entschädigungen bei etwaigen Requisitionen und Enteignungen zu gewähren. Nach der Protokollziffer 12 ist jeder Vertragstaat jedoch berechtigt, die Kapitaleinfuhr von einer Genehmigung abhängig zu machen.

Für den Fall, daß eines der vorgenannten multilateralen Abkommen für einen der beiden Vertragstaaten keine Geltung mehr haben sollte, ist gemäß Artikel 37 Abs. 3 eine Konsultation aufzunehmen, um festzustellen, welche Bestimmungen des multilateralen Abkommens zwischen den Vertragstaaten auch künftig angewendet werden können.

Zu Artikel 16

Gemäß Artikel 16 richtet sich der Warenverkehr, soweit er bilateral nicht geregelt ist, nach den Rechten und Pflichten, die sich für beide Vertragstaaten aus den entsprechenden mehrseitigen Abkommen, denen sie bereits angehören, wie dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT), ergeben. Soweit Angelegenheiten des Warenverkehrs sowohl in diesem Vertrag als auch multilateral geregelt sind, gelten die Bestimmungen dieses Vertrages zu den Bedingungen, die für die Anwendung der mehrseitigen Abkommen maßgebend sind. Auch hier gilt die in Artikel 37 Abs. 3 vereinbarte Konsultationspflicht, die bereits bei Artikel 15 erwähnt worden ist.

Zu Artikel 17

In Artikel 17 räumt jeder Vertragstaat den aus dem Gebiet des anderen Vertragstaates stammenden oder für ihn bestimmten Waren bei der Ein- und Ausfuhr Meistbegünstigung in bezug auf Zölle und Abgaben aller Art ein.

Zu Artikel 18

Artikel 18 stellt fest, daß auf die Vorlage von Ursprungszeugnissen bei der Einfuhr von Waren des einen Vertragstaates in das Gebiet des anderen Vertragstaates in der Regel verzichtet wird. Soweit

Ursprungszeugnisse für unbedingt erforderlich gehalten werden, soll in der Weise verfahren werden, daß eine Behinderung des Handels vermieden wird.

Zu Artikel 19

Artikel 19 verpflichtet beide Vertragstaaten, Gesetze, Verwaltungsvorschriften und Entscheidungen von allgemeiner Geltung, soweit sie sich auf Zölle, Steuern und andere Abgaben, auf die Zolltarifizierung, auf Beschränkungen und Verbote hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr und auf die Überwachung von Zahlungsmitteln beziehen, unverzüglich zu veröffentlichen.

Der Artikel sichert ferner den Einführern von Waren des anderen Vertragstaates die Möglichkeit, Verwaltungsmaßnahmen in Zollangelegenheiten in einem Rechtsmittelverfahren nachprüfen zu lassen.

Schließlich verpflichten sich die Vertragstaaten, Maßnahmen zum Schutz geographischer Ursprungsbezeichnungen zu treffen und hierüber ein Abkommen zu schließen.

Zu Artikel 20

Artikel 20 bestimmt, daß auf der Grundlage der Gegenseitigkeit näher bezeichnete Gruppen von Gegenständen und Waren, die nur für eine vorübergehende Einfuhr und Ausfuhr bestimmt sind, wie z. B. Verpackungsmaterial, Ausstellungsgegenstände u. ä., von jeder Eingangs- und Ausgangsabgabe befreit sind.

Zu Artikel 21

Artikel 21 sieht den Abschluß eines besonderen Abkommens vor, um die Kontrollförmlichkeiten bei der Einfuhr von Waren durch die Vorlage von Zeugnissen, die von den Behörden des Ausfuhrlandes ausgestellt werden, zu vereinfachen.

Zu Artikel 22

In Artikel 22 wird hinsichtlich der inneren Besteuerung und der sonstigen Behandlung von Waren Inländerbehandlung und Meistbegünstigung eingeräumt.

Zu diesem Artikel gehört Ziff. 13 des Protokolls, in dem sich die Vertragstaaten verpflichtet haben, die Bestimmungen des Artikels 22 nicht in anderer oder in einer den anderen Vertragstaat mehr belastenden Weise anzuwenden, als es nach den Bestimmungen der multilateralen Abkommen, denen beide Vertragstaaten angehören, zulässig ist.

Zu Artikel 23

Artikel 23 bestimmt, daß im öffentlichen Eigentum oder unter öffentlicher Kontrolle stehende Unternehmen des einen Vertragstaates bei einer wirtschaftlichen Betätigung im Gebiet des anderen Vertragstaates keine Befreiung von Steuern und anderen Verpflichtungen genießen.

Zu Artikeln 24 bis 31

Artikel 24 behandelt die Nationalität der Schiffe und regelt die gegenseitige Anerkennung der Schiffsmeßbriefe.

Gemäß Artikel 25 gewährt jeder Vertragstaat den Schiffen des anderen Vertragstaates in seinen Häfen und hinsichtlich des Rechts, Ladung zu befördern, die nach oder von dem Gebiet des anderen Vertragstaates befördert werden darf, Inländerbehandlung und Meistbegünstigung.

Artikel 26 legt fest, daß die unter der Flagge des einen Vertragstaates beförderten Waren im Verkehr zwischen den beiden Vertragstaaten die gleichen Vergünstigungen genießen wie die Waren unter der Flagge des anderen Vertragstaates.

Artikel 27 behandelt den Schutz und Beistand bei Strandung und Schiffbruch im Gebiet des anderen Vertragstaates.

Artikel 28 regelt das Recht der Anheuerung von Seeleuten und deren Durchreise durch das Gebiet des anderen Vertragstaates.

Artikel 29 gibt die Sachgebiete an, auf denen die Bestimmungen über Inländerbehandlung keine Anwendung finden, so z. B. hinsichtlich der besonderen gesetzlichen Regelungen, die sich auf die Förderung der Schiffsbauindustrie und der Ausübung der Seeschiffahrt beziehen, hinsichtlich der seemännischen Dienste in den Häfen, der Küsten- und Binnenschiffahrt, des Fischfangs in den Hoheitsgewässern und der Beförderung von Auswanderern.

Artikel 30 verbietet diskriminierende Maßnahmen, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffahrt des anderen Vertragstaates führen und die Flaggenwahl entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen können. Das Verbot gilt für alle Schiffahrtsbestimmungen dieses Vertrages. Artikel 31 schließt die Kriegsschiffe von den Bestimmungen dieses Vertrages aus.

Zu Artikel 32

Artikel 32 regelt die Freiheit der Durchfuhr von Waren einschließlich Gepäck und Beförderungsmittel aller Art, in bezug auf die Durchfuhrformalitäten, die Zollbehandlung und sonstige Durchfuhrbelastungen.

Zu Artikel 33

Dieser Artikel enthält die Definition des Begriffes „Gesellschaften".

Zu Artikel 34

Artikel 34 zählt die Gebiete auf, in denen die Vertragstaaten berechtigt sind, auch entgegen den allgemeinen Bestimmungen des Vertrages näher spezifizierte Maßnahmen zu ergreifen und aufrechtzuerhalten, so insbesondere zum Schutz seiner inneren und äußeren Sicherheit und seiner Neutralität, zum Schutz der Gesundheit oder seiner nationalen Kulturgüter, zur Unterbringung von betrügerischen und unlauteren Praktiken u. ä.

Zu Artikel 35

Artikel 35 nimmt von der im Vertrag vereinbarten Verpflichtung zur Meistbegünstigung eine Reihe von Vergünstigungen aus, wie solche, die sich aus Abkommen zur Erleichterung des Grenzverkehrs,

aus Verträgen über die Errichtung von Zollunionen und Freihandelszonen oder aus Doppelbesteuerungsabkommen u. ä. ergeben.

Zu Artikel 36

Artikel 36 stellt klar, daß jeder Vertragstaat die Inländerbehandlung auf Grund der Tatsache gewährt, daß die Inländerbehandlung in der gleichen Angelegenheit auch von dem anderen Vertragstaat eingeräumt wird.

Zu Artikel 37

Absatz 1 legt fest, daß, unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 16, die Bestimmungen der mehrseitigen Abkommen, denen beide Vertragstaaten angehören, so z. B. des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), des Abkommens über den Weltwährungsfonds, des Abkommens über die Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit u. a., den Vereinbarungen dieses Vertrages vorgehen, es sei denn, daß dieser Vertrag eine günstigere Behandlung vorsieht.

Absatz 2 gibt gleichfalls der günstigeren Behandlung den Vorrang in den Fällen, in denen die Bestimmungen dieses Vertrages und die Bestimmungen der Gründungs- und Durchführungsvorschriften von Gemeinschaften, denen beide Vertragstaaten angehören, z. B. der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, das gleiche Gebiet regeln.

Zu Artikel 38

Nach Artikel 38 findet in allen Fällen, in denen gleichzeitig Inländerbehandlung und Meistbegünstigung gewährt werden, die günstigere Behandlung Anwendung.

Zu Artikel 39

In Artikel 39 verpflichten sich die Vertragstaaten, im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung des Vertrages Konsultationen zur Herbeiführung einer Lösung einzuleiten. Für Streitigkeiten, die im Wege der Konsultationen nicht geregelt werden können, ist die Anrufung eines Schiedsgerichts oder — nach entsprechender Vereinbarung beider Vertragstaaten — des internationalen Gerichtshofs vorgesehen.

Zu Artikel 40

Artikel 40 regelt Dauer und Beendigung des Vertrages. Der Vertrag tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt zunächst zehn Jahre. Er kann ein Jahr vor seinem Ablauf und nach seinem Ablauf unter Einhaltung einer einjährigen Frist gekündigt werden.

Zum Protokoll

Das Protokoll ist Bestandteil des Vertrages. Es enthält in 17 Ziffern Erläuterungen und bindende Auslegungen. Soweit erforderlich, ist bei den Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Vertrages bereits auf die einschlägigen Protokollziffern Bezug genommen.

Zum Notenwechsel

Der Notenwechsel, der gleichfalls Bestandteil des Vertrages ist, stellt eine Ergänzung zu Artikel 35 dar. Er besagt, daß italienische Staatsangehörige und Gesellschaften aus dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten und aus seinen Zusatzverträgen in der Fassung des in Paris am 23. Oktober 1954 unterzeichneten Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland und aus Vergünstigungen für Staatsangehörige und Gesellschaften anderer Länder in der Soforthilfe und Lastenausgleichsgesetzgebung sowie aus besonderen zwischenstaatlichen Abkommen auf dem Gebiet des Lastenausgleichs keinen Anspruch auf Meistbegünstigung ableiten können. Die Aufnahme dieser Bestimmung in den eigentlichen Vertrag war untunlich.

Der dem Vertrag nachfolgende Notenwechsel über Berlin wird mit dem Gesetzentwurf vorgelegt. Der Notenwechsel über das Saarland sowie der Briefwechsel der Vorsitzenden der beiden Delegationen sind beigefügt.

III. Begründung des Zustimmungsgesetzes

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, weil er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht (Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 GG).

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Einführung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland im Saarland kann nur nach Maßgabe der Vorschriften des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage vom 26. Oktober 1956 erfolgen. Der Vertrag, der Vorschriften über den Zahlungs- und Warenverkehr sowie über Steuern und Zölle enthält, schließt insoweit eine Einführung dieses Gesetzes im Saarland bis zum Ablauf der Übergangszeit aus (Artikel 3, 12 und 13 des Saarvertrages). Das Gesetz enthält deshalb die entsprechende Saar-Klausel.

Zu Artikel 4

Absatz 1 entspricht den Erfordernissen des Artikels 82 Abs. 2 GG.

Auch der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nebst Protokoll und Notenwechsel für die Bundesrepublik gemäß Artikel 10 des Vertrages völkerrechtlich in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.